Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 210. Montag, den 8. September 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein „Mahnzeichen für die Zukunft“.

Noch selten ist die Energie und Entschiedenheit eines Parlaments ein paar armen Menschenkindern so direkt und prompt zugute gekommen, als das Notgesetz zum Militärstrafgesetzbuch, das der deutsche Reichstag zum Schluß mehrmonatiger Militärberatungen am 30. Juni ds. Js. aus Anlaß des Erfurter Bluturteils vom 27. Juni annahm. Sieben Landwehrleute aus einem Dorf bei Nordhausen waren wegen „militärischen Aufruhrs“ zu fürchterlichen Strafen verurteilt worden, drei von ihnen als „Rädelsführer“ zu Zuchthaus von 5¼ und 5½ Jahren, zwei zu ebensoviel Jahren Gefängnis und zwei zu der „gelinden“ Strafen von 1 Jahr bezw. sieben Monaten Gefängnis. Diese Barbarei der deutschen Militärgerichtsbarkeit brachte den ganzen Reichstag bis auf zwei hartgesottene Konservative, den Spiritus-Kreth und den Junker Böhlendorff, hinter den Antrag der Sozialdemokratie, vor der dritten Lesung der Heeresvermehrung eine wesentliche Milderung der einschlägigen Strafbestimmungen zu verlangen. In drei sofort nacheinander vorgenommenen Lesungen verabschiedete der Reichstag ein Notgesetz, das als neuen § 110a des Militärstrafgesetzbuches die Bestimmung enthielt, daß wegen „militärischen Aufruhrs“ und ähnlicher Delikte, die nicht im Felde begangen werden und bei minder schweren Fällen, statt auf Zuchthaus auf Gefängnis und zwar bis zu ½ bezw. 1 Jahr herunter, erkannt werden kann. Der Reichskanzler war durch das einmütige Auftreten aller Parteien genötigt, zu erklären, daß er für die Annahme des Notgesetzes im Bundesrat eintreten werde. Erst dann wurde die Heeresvermehrung erledigt. Nach einigem Zögern trat der Bundesrat dem Reichstagsbeschusse bei. Und jetzt haben deshalb in der Berufungsinstanz vor dem Oberkriegsgericht die ungeheuerlichen Strafen des ersten Urteils in der Hauptsache herabgesetzt werden können auf 2 Jahre Gefängnis. Das ist für Familienväter und einen Trunkenheitsexzeß noch immer sehr hart, aber es bedeutet doch eine ganz wesentliche Milderung und sie ist lediglich dem raschen und kräftigen Eingreifen des Parlaments zu danken. Daß es kurz entschlossen vor dem größten Soldatenopfer, das es noch gebracht, die Reichsregierung zwang, der Menschlichkeit auch im Militärstrafgesetz ein Zugeständnis zu machen, dies allein brachte den schwer getroffenen thüringischen Landwehrleuten Rettung vor einer Feme, die sie aller Voraussicht nach vernichtet hätte. Ohne die gesetzliche Aenderung wäre das Oberkriegsgericht sicher zu denselben unverhältnismäßigen Strafen gekommen, wie die erste Instanz. Das ging aus allem hervor, was die Berufungsverhandlung zutage förderte.

Der militärische Verhandlungsleiter, der öffentliche Ankläger, wie die militärischen „Vorgesetzten“, die Gendarmen, als Zeugen, taten auch jetzt noch ihr Mögliches, um den bezechten Landwehrleuten politische Motive zu unterstellen und dadurch möglichst harte Strafen zu erzielen. Der Verhandlungsleiter leistete sich hierbei die bemerkenswerte Aeußerung von den „dummen Zeitungen“, die die Leute aufgehetzt haben. Wir verzichten darauf, dem Herrn hierauf zu antworten. Seine Bemerkung richtet sich von selbst. Neben ihm aber operierten die beiden Gendarmen in ihrer Zeugenaussage äußerst ungeschickt, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen. Sie verdächtigten die Angeklagten als „aufsässige Hetzer und Stänker, die der Polizei ein Schnippchen schlagen wollten“, ohne eine einzige Tatsache für diese Anschwärzung anführen zu können. Auch auf Drängen des Verhandlungsleiters vermochten sie keinen Beweis für ihre Behauptungen zu erbringen. Kein Wunder! Lauteten doch die Zeugnisse der Militär- wie der Zivilbehörden über die sieben Landwehrleute gleichmäßig vorzüglich. Die beiden „Vorgesetzten“ hätten sich also des ärgsten Widerspruchs zu aktenkundigen Tatsachen schuldig gemacht, wenn man nicht wüßte, was sie meinten und nur sehr täppisch ausdrücken konnten. Sie wollten umschreiben, daß ihnen die Angeklagten als Sozialdemokraten und freigesinnte Bürger bekannt seien, und solche Leute betrachtet der preußische Durchschnittspolizist immer als „aufsässige Hetzer“, für die die rücksichtsloseste Behandlung gerade gut genug ist. Die Herren Zeugen, deren Zuverlässigkeit als brave Staatsstützen deshalb im Urteil auch nochmals stark betont wird, verrieten damit unwillkürlich, was durch das erste Urteil hatte getroffen werden sollen: nicht die begangene Tat, die sich von neuem als ein ganz gewöhnlicher Wirtshauskrawall herausstellte, sondern die unbequeme politische Gesinnung der Täter.

Jeden Zweifel darüber beseitigte dann vollends der öffentliche Ankläger. Er betonte mit rührender Offenheit, daß ihm als das Strafwürdigste an den Angeklagten „die ihnen innewohnende Gesinnung“ erscheine; unter dem Einfluß des Alkohols sei dasjenige, „was in ihnen schlummerte, zutage getreten“, so daß es nun recht kräftig von der Militärbehörde gefaßt und entsprechend geahndet werden könne. Denn es müsse „ein Mahnzeichen für die Zukunft“ aufgerichtet werden. Der Mann machte aus seinem Herzen wirklich keine Mördergrube. Der Militarismus weiß und spürt, daß im Sozialismus sein Ueberwinder und sein siegreicher Gegner emporwächst. Die Mordtechnik und der Kadavergehorsam können auf die Dauer gegen soziale Kultur und freies Menschentum nicht aufkommen. Deshalb unversöhnlicher Haß aller Militaristen gegen jeden des Sozialismus Verdächtigen. Hier handelt es sich um Todfeinde, die zu vernichten mit allen Mitteln erlaubt ist. Im sächsischen Fall Weiß war das Dresdener Oberkriegsgericht von genau denselben Vorstellungen beherrscht, wie die Herren in Erfurt, als es meinte, ein Sozialdemokrat könne niemals aus rein menschlicher Erregung und Empfindung gegen Vorgesetzte auftreten, sondern nur aus blindem Haß gegen die staatliche Autorität handeln. Jede unabhängige Gesinnung ist strafbar! Das war im Grunde das Leitmotiv der Erfurter Anklagerede, und darum forderte sie schließlich trotz der Milderung des Militärstrafgesetzbuches durch den Reichstag nochmals grausame Strafen, wenn nicht mehr Zuchthaus, so doch Gefängnis von ungefähr vier Jahren für fast alle Angeklagten, das Vierfache des vom Parlament durchgesetzten Mindestmaßes. Und das Gericht kam zu um die Hälfte niedrigeren Strafen nur deshalb, weil die Vorgänge in keinem unmittelbaren Zusammenhange mit der Kontrollversammlung standen. Nur widerwillig folgten anscheinend die Militärbehörden der Strafmilderung, obgleich es sich nicht um aktive Soldaten handelte.

Also kein Vertrauen auf menschlich und politisch belehrbare Gerechtigkeit aus dem gegnerischen Lager! — das predigt auch das mildere Erfurter Urteil als „Mahnzeichen für die Zukunft“ mit heller Flammenschrift. Ohne das Eingreifen des Reichstages und ohne den Druck der noch frischen Parlamentsaktion hätten die betrunkenen Arbeiter nochmals die ganze Unversöhnlichkeit des Militarismus zu kosten bekommen. Es kann einzelne gute Richter im bürgerlichen Lager geben, wie den seligen Magnaud in Frankreich, die sich von Klassen- und Kastenfesseln befreien, jede Straftat als Erzeugnis einer langen Kette gesellschaftlicher Einflüsse auffassen und damit selbst zu Propheten „aufsässiger Gesinnung“ werden. Der Klassenkampf mit seinen hochgehenden Wogen donnert über die Köpfe dieser Ausnahmen unbarmherzig hinweg. Jede um ihren Besitz und um ihre Geltung kämpfende Klasse trifft den anders gesinnten Gegner so scharf und so rücksichtslos, als sie nur vermag. Gehemmt werden kann sie darin nur durch Schranken, die eine aufsteigende Klasse aufrichtet. Eine solche Schranke war das Notgesetz vom 30. Juni 1913, das die roten Hundertzehn im Reichstag durchsetzten. Und solche Klassenerfolge hofft die deutsche Sozialdemokratie immer öfter zu erleben, wenn Arbeiter und freigesinnte Bürger ihre Schuldigkeit tun.

Politische Rundschau

Deutschland.

Eine lahme Verteidigung Ostelbiens.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“, die aus der Regierungsküche gespeiste Korrespondenz Schweinburgs, fühlt sich verpflichtet, die vier agrarischen Provinzen: Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Posen gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, daß sie volkswirtschaftlich und steuerlich für das Staatsganze wenig leisten, aber vom Staate außerordentlich mit Zuwendungen bedacht werden. Die genannte Korrespondenz schreibt:

„Wenn es auch zutrifft, daß die vier Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Posen Staatszuschüsse erhalten, die weit höher sind als der Ertrag der Einkommensteuer, und wenn es fernerhin zutrifft, daß dieselben Provinzen außerordentlich hohe Staatszuschüsse zu den Volksschulkosten erhalten, während dies in den industriellen Landesteilen nicht der Fall ist, diese vielmehr durch die Volksschulkosten außerordentlich belastet werden, so ist doch damit für den Nachweis einer wirtschaftlichen Minderwertigkeit und gleichzeitigen Bevorzugung der genannten Provinzen bei der Verteilung der öffentlichen Lasten absolut nichts bewiesen .... Selbstverständlich ist das Steuereinkommen im agrarischen Osten, entsprechend der sehr viel geringeren Bevölkerungszahl der östlichen Provinzen, kleiner als im Westen. Aber es darf dabei nicht vergessen werden, daß derselbe agrarische Osten im Gesamthaushalt der nationalen Wirtschaft und im Gesamtbereich des staatlichen Lebens Leistungen aufzuweisen hat, die seine geringere Steuerleistungsfähigkeit zweifellos reichlich aufwiegen. Die östlichen Provinzen haben Jahr für Jahr dem industriellen Westen Arbeitskräfte in großer Zahl zugeführt und haben dadurch zu der glänzenden Entfaltung industriewirtschaftlichen Lebens in den Industriegebieten des preußischen Staates an ihrem Teile und in sehr erheblichem Maße mitgeholfen. Dazu kommt, daß die sogenannten agrarischen Provinzen zweifellos den Hauptanteil der physischen Lasten des Heeresdienstes zu tragen haben.“

Diese Verteidigung ist in keiner Weise stichhaltig. Man wird es doch nicht als Verdienst der Agrarier ansprechen können, wenn sie ihre Landarbeiter so schlecht behandeln, daß die Landflucht aus Ostelbien epidemisch geworden ist. Ebenso wenig kann sich Ostelbien rühmen, das Hauptkontingent zu den Lasten des Heeresdienstes zu stellen, denn der schwachbevölkerte Osten, der wegen der schwachen Bevölkerung in seinem Einkommensteuererträgnis weit, weit hinter anderen Provinzen zurücksteht, wird doch nicht auf einmal stark bevölkert, wenn es sich um die Lieferung von Rekruten handelt. Es bleibt schon dabei, daß die Agrarier wohl für den Staat nichts leisten, aber unberechtigterweise den Staatssäckel am stärksten in Anspruch nehmen.

Wer auf Gott vertraut ...

Manuel von Portugal, der sich 1910 noch rechtzeitig vor der allzugroßen Liebe „seines“ Volkes zu retten wußte, ist einen „Herzensbund“ mit der Tochter des Sigmaringer Hohenzollern eingegangen. Dabei hat der Herr Schwiegerpapa nach hohenzollernschem Brauch auch eine schöne Rede geredet, in der er u. a. dem lieben Manuel ans Herz legte, seine Frau bis an sein Lebensende hoch und heilig zu halten, ihr aber auch ein Mann zu sein, zu dem sie freudig und stolz emporblicken könne. Dazu möge in der neuen Ehe der Wahrspruch des Hauses Hohenzollern-Sigmaringen gelten: Nihil sine Deo (nichts ohne Gott), denn: „Wer auf Gott vertraut, der hat auf festen Grund gebaut.“

Das ist für Manuelchen eigentlich eine schlechte Zensur. Sein Gottvertrauen muß demnach bis zum Ausbruch der portugiesischen Revolution ziemlich mangelhaft entwickelt gewesen sein, denn der portugiesische Thron war aber auch gar nicht auf festen Grund gebaut. Jedoch — vielleicht beherzigt Manuelchen nun seines Schwiegerpapas Mahnung, der ihn ja verheißungsvoll und unentwegt als „Seine Majestät der König Dom Manuel“ anredete.

Die Industrie und das Verteuerungskartell.

Der Zentralverband deutscher Industrieller hat durch seinen Geschäftsführer zwar die „Interessengemeinschaft“ mit dem Bund der Landwirte und der rückständigsten Mittelständlerclique abstreiten lassen, aber trotzdem wird das Bündnis unter den dreien auch in Kreisen der Industrie als Tatsache behandelt und erfreulicherweise auch bekämpft. Sehr scharf zieht sogar die „Deutsche Bergwerksztg.“, ein Organ der Schwerindustriellen, gegen das Verteuerungskartell zu Felde. Das genannte Blatt schreibt unter anderm:

„Da müssen wir schon sagen, wenn denn einmal ein Kartell sein soll, so gehört der Zentralverband schon eher zum Hansabund als zum Bund der Landwirte, denn dieser ist der eingefleischte Feind und Gegner der großen Lebensinteressen der Industrie: Expansion, Fortschritt, freier Verkehr, Welthandel. Jeder echte Industrielle ist durch seinen Beruf, seine Weltauffassung und nicht zuletzt durch seine Lebensinteressen ein liberaler Mann im besten und wohlverstandenen Sinne des Wortes. Sein Feld ist die Welt, die geistige und die materielle. Jede Fessel, jede Hemmung und Einschränkung ist der Industrie wesenswidrig. Der Bund der Landwirte aber, das darf ruhig und mit aller Objektivität gesagt werden, hat keinen andern Zweck, als Deutschland mit seinen 70 Millionen Einwohnern als Absatzgebiet von aller Welt abzuschließen, die 70 Millionen für die Landwirtschaft als Ausbeutungsobjekte zu verlangen und sie mit ihrem Bedarf an Fleisch und Brot den Agrariern auf Gnade und Ungnade auszuliefern. So ist es, wenn man ehrlich und ohne Umschweife reden will, doch gekommen trotz allem, was man zur Beschönigung und Entschuldigung vorbringen mag, und die Folge dieser egoistischen und rücksichtslosen Politik, die von den Führern des Zentralverbandes noch vor vier Jahren hart aber zutreffend be- und verurteilt wurde, ist eine hochgestiegene Verteuerung der Lebenshaltung, die die Industrie und ihre Millionen Mitarbeiter am schwersten trifft, und die die Ursache für alle Arbeitskämpfe und die dadurch hervorgerufene Verbitterung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist.

Dazu kommt dann noch die geradezu verwüstende verkehrsfeindliche Politik des Bundes der Landwirte, seine industriefeindliche Taktik in den Parlamenten, die die Verschandelung aller Projekte für den Ausbau unserer Wasserstraßen, um dieses Kartell zu einer natur- und vernunftwidrigen Ehe zu stempeln. Wir fürchten, daß der Zentralverband und die deutsche Industrie im allgemeinen an diesem Bündnis sehr viel weniger Freude erleben werden als an ihrer Zusammenarbeit mit dem Hansabund."

Man muß sagen, daß der Mann, der das geschrieben hat, den Nagel auf den Kopf trifft. Was wird der Zentralverband deutscher Industrieller zu diesem aus seiner allernächsten Nähe stammenden Urteil sagen?

Die Sozialdemokraten sind schuld!

Die auffällige Gegnerschaft Wilhelm II. gegen die Breslauer Festhalle, den größten Kuppelbau der Erde, ist nun glücklich auch auf die Sozialdemokratie zurückgeführt worden. Nach der „Reichsverbands-Korrespondenz" ist es dem Kaiser hinterbracht worden, daß diese Halle auch den Sozialdemokraten für Versammlungen zur Verfügung stehen soll. Darüber sei er so empört gewesen, daß er die Halle nicht betreten, sondern sie demonstrativ gemieden habe. Der Reichsverband und seine Breslauer Ableger verlangen nun, zur Verscheuchung der kaiserlichen Ungnade, vom Magistrat, daß er die Zusage des früheren Bürgermeisters zurückziehe. Ob er auch diese Zumutung erfüllen wird, kann sich erst am Schlusse der Jahrhundertfeier zeigen, da bis dahin die Halle für die Zwecke der Ausstellung festgelegt ist. Der liberalen Stadtverwaltung wird dann eine neue Gelegenheit geboten sein, Männerstolz vor Königsthronen zu zeigen.

Die Unzulänglichkeit der Witwen- und Waisenversicherung.

Ein interessantes Geständnis enthält der Geschäftsbericht der Landesversicherungsanstalt Baden im Anschluß an die Darstellung der gesetzlichen Leistungen im Jahr 1912. Es ist da wörtlich zu lesen:

„Daß die Witwenrenten mit 76 Mk. und die Waisenrenten mit 31 Mk. zu niedrig gegriffen sind, ist allseits anerkannt. Daß die Arbeiterschaft durch eine Volksversicherung hier eingreift, kann nicht überraschen. Es wird wohl zu erwägen sein, ob die vorhandenen großen Mittel der Reichsversicherung die Aufbesserung der Hinterbliebenenversicherung nicht gestattet."

Das haben sich die bürgerlichen Lobredner unserer Reichsversicherungsordnung wohl kaum träumen lassen, daß ihrem Werk schon nach so kurzer Zeit ein so vernichtendes Urteil aus berufenem Munde gesprochen wird. Mit diesem Urteil findet die an der Hinterbliebenenversicherung von sozialdemokratischer Seite geübte Kritik ihre Bestätigung.

Überflüssiges Kopfzerbrechen

machen sich die bürgerlichen Parteien über die Nachwahlen in Dresden-Neustadt und in Hamburg wegen der Auswahl der geeignetesten Kandidaten. Man sucht in Dresden und sucht in Hamburg nach Sammelkandidaten mit so wunderbaren Qualifikationen, daß sie imstande sind, diese alten festen Besitzstände der Sozialdemokratie zu entreißen. Wundermänner dieser Art gibt es nun freilich nicht und deshalb geraten sich Konservative, Nationalliberale und Fortschrittler gegenseitig in die Haare, sie machen einander den Vorwurf, daß sie schuld sind, wenn es nicht zur Einigung auf eine solch außerordentliche Zugkraft komme. Die Linksliberalen, die man am wenigsten bei der Suche nach Sammelkandidaten berücksichtigt hat, sind gerade darüber ärgerlich; nach ihrer Auffassung müßte man einen Kandidaten gerade aus dem linksliberalen Lager nehmen, weil er am besten geeignet wäre, der Sozialdemokratie die „Mitläufer" wegzunehmen. Das alte Blockrezept von 1907! Aber das versagt selbstverständlich auch in diesen beiden Kreisen, und so ist es ein ganz überflüssiges Kopfzerbrechen der bürgerlichen Parteien, sie mögen bringen, wen sie wollen, diese beiden Kreise sind der Sozialdemokratie nicht wieder zu entreißen.

Ein Landeszuwachssteuergesetz.

Das Reichsgesetz über Aenderungen im Finanzwesen enthält die Bestimmung, daß „für alle nach dem Zuwachssteuergesetze vom 14. Februar 1911 nach dem 30. Juni 1913 eintretenden Fälle der Steuerpflicht die Erhebung des Reichsanteils fortfällt." Das Reich hat sich bekanntlich Ersatz dafür in dem Besitzsteuergesetze geschaffen. In weiteren Bestimmungen des oben genannten Gesetzes werden die nach § 60 des alten Zuwachssteuergesetzes entschädigungsberechtigten Gemeinden berücksichtigt, und schließlich heißt es allgemein:

Durch Landesgesetz oder in Gemäßheit des Landesrechts durch ortsstatutarische Vorschrift kann eine andere Regelung der Besteuerung des Wertzuwachses getroffen werden.

Die Anregung ist von der Regierung des Fürstentums Lippe bereits aufgenommen worden. Sie hat eine Umfrage an die Gemeindeverwaltungen ergehen lassen, wie sie sich zu der Wiedereinführung des Wertzuwachssteuergesetzes von 1910 stellen würden. Lippe war der erste deutsche Staat, der ein Gesetz einführte, worin die Besteuerung des Wertzuwachses auch für Staatszwecke vorgeschrieben war. Die Staatssteuer war hier obligatorisch, die Gemeindesteuer fakultativ. Das Reichszuwachssteuergesetz von 1911 ließ diese Steuer dann verschwinden, doch blieb der finanzielle Effekt durch eine Sonderbestimmung des Reichsgesetzes für Lippe vorläufig gewahrt, und jetzt, wo er seinem Ende entgegenging, macht die Regierung des Landes Anstalten, das vor drei Jahren außer Kraft gesetzte Landeszuwachssteuergesetz wieder einzuführen. Der Landtag muß sich allerdings noch mit der Sache beschäftigen, doch läßt sich annehmen, daß er mit Rücksicht auf die bekannten Finanzschwierigkeiten dieses Kleinstaates, wie aller Kleinstaaten, zustimmen wird.

Wie steht's mit dem Wehrbeitrag der Bundesfürsten?

Diese Frage ist schon häufig aufgeworfen worden. Das Kanzlerblatt, die „Norddeutsche Allgem. Zeitung", sieht sich daher genötigt, hierzu folgende Ausführungen zu machen:

„Immer wieder wird auch in der Presse die Frage erörtert, in welcher Weise die deutschen Bundesfürsten ihr Versprechen einlösen werden, durch Beisteuerung eines freiwilligen Wehrbeitrages ein Beispiel vaterländischen Opfersinnes zu geben. Man fordert von ihnen eine bindende Erklärung darüber, in welcher Höhe sie die einmalige Abgabe leisten wollen. Es ist nicht recht verständlich, in welcher Weise das geschehen soll. Soll jeder der deutschen Bundesfürsten etwa in seinem bundesstaatlichen Regierungsblatt eine entsprechende Erklärung veröffentlichen oder seiner Regierung gegenüber ein feierliches Versprechen abgeben, damit es diese öffentlich verkündet? Was in dieser Frage geschehen konnte, hat die Reichsregierung schon vor langer Zeit getan. Der Reichsschatzsekretär hat bei der Beratung des Wehrbeitragsgesetzes in der Kommission für den Reichshaushaltsetat mitgeteilt, daß die Fürsten aus eigenem Antriebe sich bereit erklärt hätten, nach Maßgabe und in Anlehnung an die Vorschriften des Gesetzes einen einmaligen Beitrag von ihrem Vermögen an das Reich zu entrichten. Er betonte dabei ausdrücklich, daß bei der Festsetzung dieses Beitrages nicht kleinlich gerechnet werde, und daß, wenn eine Abrundung erfolge, diese jedenfalls nicht nach unten erfolgen werde. Nach dieser Erklärung kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die deutschen Bundesfürsten, sobald der Wehrbeitrag zur Erhebung gelangt, ihre Beiträge so entrichten werden, als wenn sie den Bestimmungen des Wehrbeitragsgesetzes unterworfen wären."

Hoffen wir das beste!

Der Schrei nach dem Zuchthausgesetz.

Die „Kreuzzeitung" kommt in ihrem sonntäglichen Wochenrückblick zu scharfen Angriffen auf die Nationalliberalen, weil sie sich noch immer nicht entschließen wollen, ihre Zustimmung zu einem Gesetze zu geben, das angeblich den Schutz der Arbeitswilligen bezwecken soll, das in Wahrheit aber gegen die Existenz der freien Gewerkschaften sich richten würde. Das konservative Blatt stellt dieses Bestreben in Parallele mit der Abänderung des Militärstrafgesetzbuches und führt dazu aus:

„Dort war die Reichstagsmehrheit sofort zur Hand, um ein paar Radaumacher vor allzu harter Strafe zu schützen, hier ist man nicht für Maßnahmen gegen ein soziales Uebel zu haben, unter dem ganze Berufsstände seit Jahren aufs schwerste seufzen. Dort freilich ging man mit der Sozialdemokratie Arm in Arm, hier hätte man der sozialdemokratischen Phrase die Stirn zu bieten. Wir haben gesehen, daß früher auch der Reichskanzler ein Arbeitswilligenschutzgesetz mit der Begründung abgelehnt hat, daß er ein Gegner von Ausnahmegesetzen sei. Inzwischen hat er diese Gegnerschaft gegen Ausnahmegesetze verleugnet, und wir glauben, daß jeder praktische Staatsmann in dieser Richtung umlernen würde. Die grundsätzliche Gegnerschaft gegen „Ausnahmegesetze" erscheint uns genau so doktrinär und unpraktisch, wie etwa der Standpunkt von Heilkünstlern, die jede örtliche Behandlung einer Krankheit ablehnen wollten mit der Begründung, sie sei aus dem ungesunden Zustand des ganzen Körpers entstanden, deshalb dürfe man ihr auch nur durch Behandlung des ganzen Körpers zu Leibe gehen."

Die Konservativen werden ihren Zuchthausgesetzantrag im Reichstag natürlich wieder einbringen und man darf gespannt sein darauf, ob die konservative Erziehungsarbeit an den Nationalliberalen in der Tat Früchte gezeitigt hat. Bis jetzt haben sich nur zehn nationalliberale Reichstagsabgeordnete für ein Zuchthausgesetz ausgesprochen, der Rest hat gegen den konservativen Antrag gestimmt.

Holland.

Interparlamentarische Friedenskonferenz. Aus Amsterdam wird uns unter dem 5. September geschrieben: Die im Haag abgehaltene interparlamentarische Friedenskonferenz, an der auch einige Sozialisten, so der belgische Senator Lafontaine und das schwedische Parlamentsmitglied Karl Lindhagen teilnahmen, hat sich für die Neutralitätserklärung der Meeresengen und interozeanischen Kanäle ausgesprochen. Zur bekannten Streitfrage, ob ein als neutral erklärter Staat seine Neutralität mit den Waffen zu schützen hat, konnte die Konferenz nach langwierigen Debatten keine Einigkeit erzielen; sie übertrug daher diese Frage einer ständigen Kommission zur Prüfung. Mit lebhaftem Beifall begrüßte die Konferenz die Art der Verträge, welche die Vereinigten Staaten mit anderen Staaten abzuschließen gedenken und mit Salvador schon abgeschlossen haben, in denen die vertragschließenden Staaten sich verpflichten, bei einem etwaigen Konflikt keinen Krieg anzufangen, auch — sofern nicht von anderen Staaten zum Gegenteil gezwungen — die Kriegsrüstungen nicht zu vermehren, solange eine unparteiische Untersuchung zur Streitfrage dauert. Mit großer Mehrheit (nur die österreichischen Delegierten widersetzten sich) faßte die Konferenz den Beschluß, die Regierungen zu ersuchen, den Geldmarkt ihres Landes für kriegführende Staaten zu schließen. Schließlich sprach sich die Konferenz einstimmig zugunsten eines Weltbriefportos von 10 Centimes oder 10 Pfennigen aus.

Rußland.

Leo Tolstois Sohn auf dem Kriegspfade. Graf L. Tolstoi, der Sohn Leo Tolstois, der zu Lebzeiten seines berühmten Vaters sich wohlweislich im Schatten des Privatlebens hielt, ist plötzlich von der Schreibwut befallen worden und betätigt diese in dem Zentralorgan der Reaktion, der „Novoje Bremja". Als hätte sein Vater nie gelebt, als hätte er nie eine Zeile seiner Schriften gelesen, tritt er für alles das ein, was sein Vater als alles Übels Kern und Ursache bekämpft hat. In seinem letzten Artikel der „Novoje Bremja" hat er sich auf die Seite der Nationalisten geschlagen und zieht über das unglückliche Finnland her, wo die Verhältnisse gar nicht nach seinem Geschmack sind. Der Russe, ruft er aus, soll hier Herr sein, der Finne Knecht! Und das einzige Mittel, um dies zu erreichen, ist nach der Ansicht des Grafen eine Masseninvasion russischer Gendarmen nach Finnland, von denen er, wie er bedauernd sagt, viel zu wenige gesehen hat. Es ist tatsächlich ein Bild, das nur im heiligen Rußland möglich ist: der Sohn eines Leo Tolstoi als Anwalt für Bureaukratie, Gendarmerie und Polizei!

Türkisch-russischer Zusammenstoß. Eine russische Truppenabteilung unter dem Obersten Denko, welche wegen der Zusammenstöße, die im Tergevergebiet zwischen Kurden und Christen stattgefunden hatten, dort eingetroffen war, wurde in der Nähe der Ortschaft Chakki von türkischen Truppen, die in persisches Gebiet eingedrungen waren, beschossen. Die russischen Truppen waren genötigt, einen hartnäckigen Kampf aufzunehmen, der ungefähr vier Stunden dauerte und mit der eiligen Flucht der Türken endigte. Die türkischen Verluste sind sehr bedeutend; auf russischer Seite wurden zwei Schützen getötet und sechs verwundet. — Die Türken hatten in dem Kampfe bei Chakki acht Tote und zwölf Verwundete. Zwei türkische Offiziere stellten sich heute bei dem russischen Detachement vor und drückten ihr Bedauern über den Zwischenfall aus. Sie versprachen, alle türkischen Posten aus persischem Gebiet zurückzuziehen.

Finnland.

Russische Brutalitäten. Der Ratsherr J. R. Selin, der, seinem auf die Verfassung geleisteten Amtseide getreu, sich geweigert hatte, das berüchtigte russische Gleichstellungsgesetz in Anwendung zu bringen, wurde am 26. August in dem esterbottnischen Küstenstädtchen Björneborg verhaftet und ins Gefängnis nach Petersburg abgeführt. In den Städten, in denen der Zug hielt, versammelten sich auf dem Bahnhof ungeheure Menschenmengen, um dem Gefangenen durch Blumen und Gesang ihre Huldigung darzubringen. Die Polizei trat in brutaler Weise auf, indem sie die den Gefangenen überreichten Blumen wieder aus dem Fenster des Kupees hinauswarf und aus der Menge der Huldigenden willkürlich einzelne Personen herausgriff und verhaftete. — Das Befinden des achtzigjährigen Ratsherrn Blom aus Nystadt, der sich aus demselben Grunde seit einiger Zeit im Gefängnis in St. Petersburg befindet, hat sich verschlimmert, sodaß sich seine Angehörigen in der größten Sorge befinden, daß der gebrechliche Greis diese Prüfung nicht überstehen wird.

Balkan.

Zu schweren Zusammenstößen kam es in Adrianopel zwischen Jungtürken und Alttürken, bei denen vier Offiziere getötet und Enver Bei an der Hand verwundet wurde.

Amerika.

Revolution auf Haiti. In San Domingo ist eine neue revolutionäre Bewegung ausgebrochen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 8. September.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 15. September, abends 6 Uhr, statt.

b. **Ferienstrafkammer** am 6. September. Ungetreue Geschäftsleiterin. Im Frühjahr wurde der Kriminalpolizei ein Einbruchsdiebstahl gemeldet, der in einem hiesigen Schuhwarengeschäft vorgekommen sein sollte. Der Dieb schien sich in das Handwerk erst einweihen zu wollen, denn er wußte bei der Fülle des Lagers nicht recht, wo er zuerst zugreifen sollte. Aus dem Schaufenster nahm er einen einzigen Stiefel weg, der sich sonderbarerweise nachher im Lager wieder vorfand. Wahrscheinlich kam dem „Einbrecher" hier in den Sinn, daß das Anprobieren zu ungelegener Zeit etwas riskant sei, deshalb nahm er die Waren aufs Geratewohl partieweise. Die Polizei entdeckte den Stiefelliebhaber nicht. Die Filialleiterin H. berichtete diesen Einbruch an das Kölner Hauptgeschäft, das sich mit der Tatsache abfand. Etwas verdutzter schauten die Herren im Hauptbureau drein, als eines Tages die Nachricht eintraf, in einer Eilgutsendung seien statt 92 Paar Stiefel nur 23 gewesen und die Unterlage der Kiste hätte aus Koks, Kohlen, Papier und Schmutz bestanden. Die Filialleiterin wurde besonders aus dem Rheinland nach dem hiesigen Geschäft geschickt, weil sie als tüchtige Verkäuferin bekannt war. Doch bei dieser unglaublichen Nachricht setzte sich der Chef auf die Bahn und fuhr hierher, um die Sache zu untersuchen, zumal schon früher einmal die Lageraufnahme nicht gestimmt hatte. So kamen die Veruntreuungen heraus. Die Filialleiterin hatte in der Zwischenzeit die Kasse erleichtert und zwar jeweils um Beträge von 7.50 oder 15 Mk. Diese Summen entnahm sie regelmäßig, weil die Schuhe einen Einheitspreis trugen. Es wurden eben so und so viele Paare, die verkauft waren, nicht gebucht. Sie gibt zu, etwa 150 Mk. für sich der Ladenkasse entnommen zu haben, bestreitet auch nicht, daß in der erwähnten Kiste 50 Paar gewesen seien. Sie habe, da die Kiste doch auf dem Transportwege erbrochen worden sei, die Gelegenheit benutzen wollen, um ihr bisheriges Manko zu verschleiern, deshalb hätte sie angegeben, daß die Kiste nur 23 Paar enthalten habe. Ein unbekannter Mann hätte gegen 1 Mk. Trinkgeld den Schmutz und die Kohlen weggeschafft. Um nachher doch das Beweismittel zu haben, ließ sie Briketts holen, die angeblich in der Kiste gelegen hätten. Der Schwindel lag nun offen da. Die veruntreute Summe wird auf etwa 1200 Mk. geschätzt, doch bestimmt nachweisen lassen sich nur 116 Paar fehlende Schuhe. Woher der fingierte Einbruch stammt, wird nach all dem nicht schwer zu erraten sein. Die Angeklagte hatte 135 Mk. Monatslohn, sie lebt von ihrem Mann getrennt, viel Aufwand kann ihr nicht nachgesagt werden. Kleinere Schulden will sie mit dem Gelde gedeckt haben. Ihre Kollegin erzählt, daß die Angeklagte zum Frühstück gern einen Kognak oder ein Glas Bier getrunken habe, einmal hat abends auch ein Sektpfropfen geknallt. Wo sie mit dem Gelde geblieben ist, kann ihr nicht nachgewiesen werden, aus der leisen Andeutung eines Liebhabers läßt sich nur schließen, daß dieser Vorteil vom „Lohne" der Angeklagten hatte. Sie kommt, da ihr nicht alle Verfehlungen nachgewiesen werden können, halbwegs billig davon: mit 6 Monaten Gefängnis, von denen 6 Wochen Untersuchungshaft abgehen. Beantragt war 1 Jahr und 3 Monate.

b. **Das Schicksal eines unehelichen Kindes.** Eine schwere Beschuldigung wird der 24jährigen Ehefrau K. zur Last gelegt, die sich am Sonnabend vor der Ferienstrafkammer des hiesigen Landgerichts zu verantworten hatte: sie soll das Kind ihrer Schwester haben verhungern lassen. Im Dezember 1911 gebar das Mädchen in der Wohnung der jungen Eheleute ein Kind, das im Hause verpflegt wurde, da sich der Vater um nichts bekümmerte und die Mutter, die einige Wochen krank darniederlag, im Stiche ließ. Es soll ein außerordentlich schwächliches, angeblich ein Siebenmonatskind gewesen sein. Allzu viel von Kinderbehandlung scheint die junge Frau nicht zu kennen, obwohl sie selbst zwei Kinder geboren hatte, die gestorben waren. Doch macht sie nicht den Eindruck, absichtlich zum Nachteil eines armen Wesens gehandelt zu haben. Sie gab dem Kinde

längere Zeit fast nur Haferschleim, da es Milch nicht vertragen konnte. Mit dieser Art Behandlung kam das Kind allmählich so herunter, daß sich die sofortige Ueberführung in die Fürsorgestelle, die sich im Kinderhospital befand, notwendig machte. Dr. Pauli bekundet, das Kind habe sich in einem solch bejammernswerten Zustand befunden, daß er nicht nur der Frau Vorwürfe über das Nichthinzuziehen eines Arztes gemacht, sondern auch beabsichtigt habe, im Falle des Todes der Staatsanwaltschaft Mitteilung zu machen. Wohl habe es sich um ein äußerst zartes Kind von höchstens 5 Pfund Gewicht (im März 1912) gehandelt, aber es sei gesund gewesen und habe in der Anstalt täglich zugenommen. Die ganze Behandlung sei unverantwortlich. Die Schwestern hätten sich viel Mühe gegeben und das Kind in 4 Monaten wieder hoch gebracht, seine Entwicklung habe alle erfreut. Um so erstaunter war Dr. Pauli, als er zwei Tage, nachdem das Kind das Hospital wieder verlassen hatte, die Todesnachricht erfuhr. Auf Grund der Sektion kommen die ärztlichen Sachverständigen zum Schluß, daß das Kind seit dem Verlassen des Krankenhauses, zumindest aber seit 24 Stunden nicht die geringste Nahrung bekommen habe. Dr. Feldmann bezeichnet die Behauptung der Angeklagten, das Kind habe alle drei Stunden die Flasche bekommen und zum Teil genommen, als ungeheuerlich. Der Leichenbefund habe die totale Leere des Magens und Darmes ergeben, der nur durch absoluten Hungerzustand zu erklären sei. Der Tod müsse durch Ersticken aus irgend einem Umstand eingetreten sein, die wunden Stellen am Gesäß deuteten auf vernachlässigte Behandlung. Die Angeklagte, die in der Zwischenzeit selbst einem Kinde das Leben gegeben hat, stellt die ihr zur Last gelegten Beschuldigungen entschieden in Abrede. Sie habe alles getan, aber das Kind hätte zumeist die Nahrung wieder gebrochen. Noch um drei Uhr sei die Flasche gereicht worden. Um 6 Uhr war es tot. Zeuginnen wollen nicht nur gesehen haben, daß dem Kinde Nahrung gegeben wurde, sondern auch, daß es in Krämpfen lag. Die Sachverständigen legen wiederholt dar, daß eine Frau so viel Kenntnis von der Kindesbehandlung wissen müsse und verurteilen entschieden, daß nach dem angeblichen Erbrechen kein Arzt geholt wurde, zudem Anweisung zur Ernährung gegeben war. Ein Stimmritzenkrampf, der dem kleinen Wesen verhängnisvoll geworden sei, hält Dr. Feldmann für ausgeschlossen. Der Staatsanwalt hält die Angeklagte der Mißhandlung, die in der Verwahrlosung vom Januar bis März gesehen wird, für überführt und beantragt hierfür 6 Wochen, wegen des zweiten Falles aber 6 Monate Gefängnis. Das Gericht sprach die Angeklagte im ersten Falle frei, verurteilte sie jedoch im zweiten zu 4 Monaten Gefängnis. Die Angeklagte habe das Kind von der Geburt bis zur Aufnahme ins Hospital in einer lebengefährdeten Weise durch Vernachlässigung und ungenügende Ernährung mißhandelt, doch sei ihr das nicht recht bewußt gewesen. Anders liege es im zweiten Falle. Die Behandlung des Kindes nach der Krankenhausentlassung sei haarsträubend gewesen. Hier habe sie gewußt, daß das Leben des Kindes gefährdet sei. Das Gericht habe erwogen, ob die Angeklagte nicht vor das Schwurgericht gehöre, da sie des Mordversuchs verdächtig sei. Es nahm jedoch an, die Frau habe sich des Kindes nicht entledigen, sondern es nur so weit herunterbringen wollen, damit es ihr wieder abgenommen werde. Mildernd komme in Betracht, daß sie aus Güte das Kind ohne Entschädigung aufgenommen hatte. Eine Zeugin stellte den jungen Eheleuten das beste Zeugnis aus.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden im Monat August dem hiesigen Medizinalamte in 90 Fällen gemeldet; davon betrafen 40 Fälle (1 tödlich verlaufen) Scharlach, 30 (1 tödlich) Diphtherie, 16 Masern, 3 Typhus und 1 Granulose.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am Sonnabend, dem 6. dieses Monats, um 1¾ Uhr nachmittags, ist ein vor dem Hause Johannisstraße 21 auf kurze Zeit ohne Aufsicht hingestellt gewesenes Fahrrad Marke „Störzner" abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Das noch fast neue Fahrrad trägt die Fabriknummer 256 319. An demselben befinden sich die Polizeinummern 15 068. Das Fahrrad hat gelbe Felgen mit roten Laufmänteln, nach oben gebogener Lenkstange. Auf der Fahrrad-Glocke befindet sich als Verzierung ein Mädchenkopf.

Säuglingsfürsorgestelle III. Die nächste Sprechstunde findet am Dienstag von 2 bis 3½ Uhr nachmittags Langer Lohberg 6—8 statt.

Schwartau. Eine Volksversammlung findet hierselbst am morgigen Dienstag abend im „Gasthof Transvaal" statt. In derselben wird Genosse Stelling-Lübeck über die Volksfürsorge sprechen. Es ist Pflicht unserer Genossen, für diese Versammlung eine rege Propaganda unter der Arbeiterschaft und deren Frauen zu entfalten.

Seeretz. Einen interessanten Verlauf nahm die am Sonnabend im Lokale des Herrn Cordts abgehaltene, sehr gut besuchte Volksversammlung, in der Genosse Stelling-Lübeck eingehend die Volksfürsorge behandelte und sich bei dieser Gelegenheit mit den Praktiken der Öffentlich-rechtlichen Volksversicherung beschäftigte. Ihm trat Herr Herfurth, der Geschäftsführer der Öffentlich-rechtlichen, entgegen, dessen Ausführungen jedoch keinen Anklang fanden. Die Genossen Henze und Stelling zerpflückten die Ausführungen des Diskussionsredners und wiesen nach, daß für jeden gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter nur die Volksfürsorge in Frage kommen könne, für die zu agitieren Pflicht unserer Freunde sei. Um 12 Uhr fand die Versammlung ihr Ende. Die Vertreter der Öffentlich-rechtlichen werden hoffentlich erkannt haben, daß für sie hier keine Seide zu spinnen ist.

E. **Eutin.** Gemeinderatssitzung. Vor der eigentlichen Gemeinderatssitzung tagte eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Realschulvorstand. In derselben wurden interne Angelegenheiten betreffs der Realschule erledigt. Anschließend hieran wurde der Ankauf zweier Grundstücke, des Pensionshauses Karl Maria v. Weber und des Friedrichsenschen Hauses in zweiter Lesung angenommen. Die hierzu nötigen Kapitalien von 24 200 und 26 300 Mark sollen durch eine Anleihe gedeckt und mit 6 Prozent verzinst und abgetragen werden. — Eine Anfrage des Landesvorstandes beim Gemeinderat, ob die Stadt bereit sei, im nächsten Jahre elektrischen Strom vom Landesverband abzunehmen, wurde zur nächsten Sitzung zurückgestellt, weil man erst wissen will, zu welchem Preise der Landesverband den Strom abzugeben in der Lage ist. Der Oberförster Barmstedt ist, ohne Gründe anzugeben, aus dem Realschulvorstande ausgetreten; eine Ersatzwahl, welche erforderlich ist, wurde der nächsten Gemeinderatssitzung überwiesen. In einer Eingabe des Bundes der Handwerker an unsere Stadtväter führten diese bittere Klagen darüber, daß sie bei den Ausschreibungen des Realschulneubaues nicht genügend berücksichtigt worden sind. Der Bürgermeister erklärte hierzu, dem entgegenkommen zu wollen. Die Erklärung ist wohl hinfällig, denn die inneren Arbeiten sind schon alle vergeben und weitere kommen kaum noch in Frage. Als letzter und bester Punkt der Tagesordnung war die Garnisonfrage für unsere Stadtväter aufbewahrt worden. Mit der Vorbereitung zum Empfang der jungen Krieger will man sich in der nächsten Sitzung befassen; was man da gedenkt aufzustellen, kann noch interessant werden. Die Anlegung des Truppenübungsplatzes scheint dem Gemeinderat Schwierigkeiten zu machen; fordern doch die Meinsdorfer Bauern, welche ihr Land dazu hergeben sollen, trotz ihrer patriotischen Gesinnung 2000 Mark für die Tonne Land, ein Preis, welcher als ungeheuerlich bezeichnet werden muß. Aber die Bauern denken auch, wenn sich die Stadt Eutin die Garnison leisten kann und will, dann kann sie auch bezahlen. Die Hauptsache ist, daß sie ihr Schäfchen ins Trockene kriegen.

Mölln. Zuzug von Speicherarbeitern nach Mölln ist dringend fernzuhalten, da die hiesigen Speicherarbeiter in den Ausstand getreten sind!

Es wird die höchste Zeit,

daß jeder aufgeklärte Arbeiter, Handwerker und Handwerksgehilfe das

Lübecker Bürgerrecht

erwirbt. Im November dieses Jahres finden die

Bürgerschaftswahlen

statt.

Wer dann nicht Bürger ist, hat kein Wahlrecht!

Die Lübecker Bürgerschaft ist zwar eine Körperschaft, in der infolge eines schmählichen Klassen-Wahlunrechts der Wille der großen Mehrheit der hiesigen Bevölkerung nicht zur Geltung gelangt. Dennoch ist es dringend notwendig, daß sich die Entrechteten um die Bürgerschaftswahlen kümmern.

Es gilt durch die Stimmabgabe zu zeigen, daß die Lübecker Einwohnerschaft in der Hauptsache nicht von den 108 Erwählten des Geldsacks, sondern von den Sozialdemokraten vertreten wird.

Parteigenossen, Gewerkschaftler, Arbeiter! Sorgt deshalb mit dafür, daß jeder, der die Vorbedingungen erfüllt hat, lübscher Bürger werde!

Dazu ist es aber jetzt die höchste Zeit,

weil die vorzunehmenden Beschaffungen von Papieren usw. oft Monate in Anspruch nehmen.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
3) Militär-Papier.
4) Anmeldeschein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.

Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbständigen Handwerkern):

5) Gewerbe-Anmeldungsschein.
6) Innungsmitgliedsschein.

Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:

7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
8) Geburtsschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältliches Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich mindestens soviel an Steuer bezahlt hat, als der niedrigste Satz für ein steuerpflichtiges Einkommen beträgt.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt in Lübeck, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktags in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Wer bei der Beschaffung seiner Papiere oder in anderen Fragen irgendwelche Hilfe oder Auskunft wünscht, der wende sich an das Arbeitersekretariat in Lübeck, Johannisstraße 48, wo ihm solche kostenlos zuteil wird.

* * *

Im **Landgebiet** wählt in diesem Jahre die vierte Klasse, zu welcher die Arbeiter und kleinen Leute gehören, in den Gemeinden Strecknitz, Wulfsdorf, Vorrade, Blankensee, Beidendorf, Krummesse, Kronsforde, Nieder-Büssau, Ober-Büssau, Genin, Moisling, Niendorf, Reecke, Moorgarten, Düchelsdorf, Sierksrade, Hollenbeck, Behlendorf, Albsfelde, Giesensdorf, Harmsdorf, Nusse, Ritzerau, Poggensee, Groß- und Klein-Schretstaken, Tramm.

Für die Arbeiter, die in diesen Bezirken wohnen, ist es unumstößliche Pflicht, lübsche Bürger zu werden! Dann wird die Hoffnung der Arbeiterfeinde gründlich zuschanden, die glauben, diesen Bezirk noch einmal behaupten zu können.

Beherzigt also die dringende Mahnung:

Erwerbt das Bürgerrecht!

Mölln. Im Ausstand der Speicherarbeiter scheinen die Arbeitgeber nervös zu werden; wurde doch vor einigen Tagen einer der Ausständigen vor den Chef der Firma E. R. Michelsen zitiert und ihm eröffnet, daß Strafanzeige gegen ihn erstattet werden solle, weil er Arbeitswillige belästigt habe. Der Kollege konnte nachweisen, daß er an dem Tage überhaupt nicht Posten gestanden habe, und der herbeigeholte Arbeitswillige mußte zugeben, daß unser Kollege nicht der Sünder sei. Die große Aktion ging aus wie das Hornberger Schießen zum Leidwesen des Chefs der Firma E. R. Michelsen. Die Situation ist insofern für die Ausständigen günstig, weil täglich von den gelieferten Arbeitswilligen Leute schlapp machen und durch Nachschuß ersetzt werden müssen. Die Arbeitsleistung läßt sehr zu wünschen übrig, mithin werden die Chefs wohl bald zu der Einsicht kommen müssen, daß sie mit ihren eingeübten Arbeitern immerhin am besten fahren. Die Arbeitswilligen der Firma E. R. Michelsen sind in einem Autoschuppen untergebracht, in welchem sich auch der Lagerraum für das für das Auto benötigte Benzin befindet. Bei der Feuergefährlichkeit des Benzins und dem Umstande, daß die Arbeitswilligen in dem Raume mit offenem Licht usw. umgehen, würde es für die Polizei eine dankbare Aufgabe sein, sich die Verhältnisse einmal näher anzusehen. Oder ist an den Gebäuden der Speicherfirmen die Macht der Polizei am Ende?

Hamburg. Sozialdemokratie und Meineid. Im Januar ds. Js. hatte das „Hamburger Echo" unter der Stichmarke „Eine polizeiliche Unverschämtheit" über eine Verhandlung der Essener Strafkammer als Berufungsinstanz gegen einen Bergmann aus Buer berichtet. Der Bergmann war auf das alleinige Zeugnis des Polizeisergeanten Johnen hin verurteilt worden, obgleich mehrere Zeugen zugunsten des Angeklagten ausgesagt hatten. Nach der Verhandlung in erster Instanz hatte Johnen gegen die Entlastungszeugen Anzeige wegen Meineides erstattet mit der Begründung, daß sie als Anhänger der Sozialdemokratie es mit ihrer Aussage nicht allzu genau nähmen. Auf dies Verhalten des Sergeanten war in dem Artikel des „Echo" Bezug genommen worden, und durch die Ueberschrift sollte es entsprechend gekennzeichnet werden. Wegen der Ueberschrift des Artikels hatte darauf der Polizeisergeant und dessen vorgesetzte Behörde Beleidigungsklage gegen den Verantwortlichen des „Hamburger Echo", Genossen Ernst Köpke, gestellt. Die Verhandlung fand am Freitag statt. Während der Staatsanwalt nicht weniger als zwei Monate Gefängnis beantragte, machte der Verteidiger Dr. Herz (Altona) geltend, daß dem Angeklagten der § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zur Seite stehe. Er mußte sich als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei durch die Aeußerung des Polizeisergeanten beleidigt fühlen. Das Gericht billigte dem Angeklagten den Schutz des § 193 zu und erkannte lediglich wegen formaler Beleidigung auf 150 Mk. Geldstrafe.

Altona. Wieder ein Wahlrechtsraub. Schon vor einigen Tagen schwirrten Gerüchte durch die bürgerlichen Blätter Hamburg-Altonas, daß der Magistrat von Altona eine abermalige Verschlechterung des Wahlrechts zu den städtischen Kollegien vorbereite. Nun ist die Vorlage herausgekommen. Danach hat der Magistrat es zwar nicht gewagt, schon wieder eine Zensuserhöhung vorzunehmen. Aber in einer anderen, raffinierten Weise sucht man den Einfluß der Arbeiterstimmen abzuschwächen. Während bisher die Stadt einen einzigen Wahlbezirk bildete, soll das Gebiet jetzt in fünf Bezirke zerlegt werden. Der Einteilungsplan, den der Magistrat der Vorlage beigibt, verrät nur zu deutlich die reaktionären Absichten, die die Wahlrechtsräuber im Magistrat hegen. Eine äußerst geschickte Wahlkreisgeometrie, welche die großen Arbeiterquartiere von den Wohnvierteln des „besseren" Bürgertums in Altona scharf abgrenzt, soll den Erfolg haben, wie von Rechenkünstlern bereits verkündigt wird, daß den Sozialdemokraten von den acht Mandaten, um die im November ds. Js. gekämpft wird, nur zwei zufallen. Altona, die Stadt, in der Bordellwirte die höchste Klasse der Steuerzahler darstellen, sieht wahrscheinlich seine nationale Industrie gefährdet, wenn zu viel von den Sozis im Stadtparlament eindringen. Daher jagt ein Wahlrechtsraub den andern. Genossen haben den ihnen vom Magistrat hingeworfenen Fehdehandschuh prompt aufgenommen. Bereits Sonntag ist ein Flugblatt erschienen, das die schamlosen reaktionären Pläne der Wahlrechtsräuber in die breiteste Oeffentlichkeit trägt.

Oldenburg. Die Parteigeschichte Oldenburgs und Ostfrieslands in Vorbereitung. Der Bezirksparteitag für Oldenburg und Ostfriesland hat den Genossen Paul Hug in Rüstringen beauftragt, eine Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirke Oldenburg-Ostfriesland zu schreiben. Wer aus sozialistengesetzlicher Zeit, der Zeit vorher oder unmittelbar nachher irgend welches Material — Zeitungen oder Zeitungsausschnitte, Briefe, Protokolle, Vereinsbücher usw. — über die Arbeiterbewegung in den genannten Bezirken besitzt, wird ersucht, dasselbe eventuell leihweise dem Genossen Paul Hug in Rüstringen, Petersstraße 20, zu überlassen.

Helgoland. Unfall des Wasserflugzeuges „D 14". Das Wasserflugzeug D 14 fiel Sonnabend abend zwischen Helgoland und der Düne ins Meer, wobei ein Wasserschuh abbrach. Es wurde niemand verletzt. Die erste Hilfe leistete das Helgoländer Motorboot von Paul Denker, das vom Bergungsdampfer „Albatroß" unterstützt wurde. Führer des Hydroplans, der von Wilhelmshaven um 6¼ Uhr hier eintraf, war Oberleutnant v. Skrebensky. Die Beschädigung des Flugzeuges ist darauf zurückzuführen, daß es bei der Landung zu hart auf das Wasser niederkam. Da es nicht möglich war, das beschädigte Fahrzeug gegen den schweren Ebbstrom bis zum Bootshafen zu schleppen, mußte es am Südstrand durch Marinesoldaten an Land gebracht werden, wo es abmontiert wurde.

Theater und Musik.

Sommer-Theater in den Stadthallen. Gabriel Schillings Flucht, Drama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann. Gerade derjenige, der Gerhart Hauptmann hochschätzt und ihn für den bedeutendsten dramatischen Dichter hält, den Deutschland gegenwärtig besitzt, der muß von dem jüngsten Kind seiner Muse, von „Gabriel Schillings Flucht", einigermaßen enttäuscht sein. Es fehlt diesem Werk der dichterische Schwung, die Schönheit der Sprache, die beispielsweise die „Versunkene Glocke" auszeichnet. Dafür spielt es allerdings auch im Jahre 1900 auf einer kleinen Insel der Ostsee, deren Bevölkerung plattdeutsch redet, und nicht im Märchenreiche der Phantasie, das an keine Zeit gebunden ist. Man vermißt aber auch weiter den echten dramatischen Impuls, der den Zuschauer packt und in den Bann des Dramas zu ziehen vermöchte. Das Schicksal des krankhaften Malers Schilling, der vor seiner Frau, die ihn nicht versteht, und vor seiner Geliebten, die ihn vergöttert, aber damit zugrunde richtet, die Flucht ergreift und schließlich den Tod im Meere sucht und findet, interessiert zwar, aber es bewegt doch schließlich niemand in seinem Innern. Die einzelnen Personen des Stückes erscheinen blutleer und ihre Handlungen nur als Eingebungen ihres Schöpfers, aber nicht ihres eigenen Empfindens. Nichtsdestoweniger enthält das Drama Szenen, in denen man den Gerhart Hauptmann wiedererkennt, der dem deutschen Volke „Die Weber", „Vor Sonnenaufgang", „Das Friedensfest" usw. geschenkt hat.

Auf die Wiedergabe von „Gabriel Schillings Flucht" an unserer Sommerbühne war viel Fleiß und Mühe verwendet worden. Das Resultat war eine im wesentlichen recht annehmbare Aufführung. In größeren Rollen waren die Herren Wallis und Göbel, sowie die Damen Kaps, Wallis und Riccardo beschäftigt. Dem Drama wurde von dem stark besuchten Hause eine freundliche Aufnahme bereitet. P. L.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verkauf 6679

lebender Butt

am Dienstag, dem 9. September 1913

vormittags von 8 Uhr ab an der

Holstenbrücke, Eutiner Brücke und Hüxtertorbrücke.

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

D. T. V.

Vorstands-Sitzung

am Dienstag, d. 9. September abends 8½ Uhr.

6675) **Der Vorstand.**

Mariechen Bohnhoff
Karl Strunck
Verlobte. (6665
Lübeck, den 7. September 1913.

Danksagung.

Da es nicht möglich ist, jedem einzelnen für die Beileidsbezeugung anläßlich der Beerdigung meines lieben Mannes zu danken, sage ich hiermit allen, welche ihre Teilnahme durch die vielen Kranzspenden und Karten bekundeten, insbesondere Herrn Hauptpastor Reimpell für die trostreichen Worte meinen innigsten Dank.

Sophie Reemer und Kinder. (6662

Gesucht zu sofort

1 Oberhemd-Plätterin

bei gutem Lohn und Kost. (6670
Angebote unter **F J** an die Exp.

Ein gewandter

Hausbursche

zu sofort gesucht, Radfahrer bevorzugt. Zu melden (6642
Beim Retteich 14.

Damen- oder Herrenschneider

gesucht. (6677
M. Fürböter, Pferdemarkt 12.

Suche zu Ostern **einen Lehrling** zur Erlernung der Schlachterei und Wurstmacherei
F. Köhn, Schlachtermeister
6682) Ziegelstraße 23 b.

Ein gepolst. guterhalt. Kinderklappstuhl zu verkaufen. (6664
Ritterstraße 6.

---

1 Bettstelle mit Matratze, 1 Küchenschrank, 1 Tisch, Schuhmachergerät billig zu verkaufen
6673) Hüxstraße 79, III.

---

3 Zugänger billig zu verkaufen
Krämerei Schröder Stockelsdorf.

Diverse vorjährige **Kinderwagen** billig. Moderne **Pedigrohrwagen** von **32** Mk. an. (6685
Otto Schlichting, Warendorpstr.

Ein gelber Hund

zugelaufen. Abzuholen
6663) Moislinger Allee 62.

Gefunden auf der Lassalleteier im Gewerkschaftshaus eine **Blusennadel.** Abzuholen in der Redaktion des Lüb. Volksboten.

Gefunden ein goldener **Siegelring.** Abzuholen
6667) Werderstraße 5. I.

Gefunden ein Fahrrad.

Zu erfragen Kapitelstraße 4, I.
6686) Zwischen 6—8 Uhr abends.

Dr. Schuhr zurück. (6633

Heute traf der 4. Waggon

Zwetschen

für mich ein; ganz besonders große, reife und süße Frucht (6684
10 Pfund 70 Pfg.
C. Heese, Meierstraße 26. Fernspr. 1440.

Zur Einführung bis Ende 1914 gegen ausgeschn. Gutscheine von
5 Pfd.: 1 **Taschenmesser** oder 1 **Schere** usw. (1823
10 „ 1 echt silb. Kollier, 3 Neusilber-Eßlöffel usw.

Leere Farbetonnen

vorrätig.

Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem weit über 100 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde (Sitz Stuttgart) bei. Für den geringen Jahresbeitrag von

nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) **erhält man kostenlos:**

1. die reichillustrierten Monatshefte **Kosmos,** Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern: Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.
2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche, Festländer und Meere; Dr. K. Floericke, Einheim. Fische; Dr. Ad. Koelsch, Der blühende See; Dr. H. Dekker, Vom sieghaften Zellenstaat; Dr. A. Zart, Atome und Moleküle.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos", Stuttgart.

Probehefte und Prospekte postfrei!

Schulschreibhefte

mit den neuen Linaturen sind zu beziehen durch die

Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Der

Neue-Welt-Kalender

für 1914

ist jetzt erschienen und seines reichhaltigen Inhalts wegen jedem unserer Leser zu empfehlen.

Preis 40 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Unsere Kolporteure führen diese Kalender bei sich und können von ihnen bezogen werden.

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks

empfehlen 882

Wohnungseinrichtungen.

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.

Visiten-Karten

empfiehlt die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Versammlung

aller in

Buchbindereien, Buchdruckereien, Steindruckereien u. Kartonagenfabriken beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen

am Donnerstag, dem 11. September
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

Der Stand unserer Lohnbewegung und die Antwort der Arbeitgeber-Vereinigungen.

Referent: Gauleiter Küster, Hamburg.

Zu dieser Versammlung werden alle in obigen Branchen beschäftigten Arbeiter und insbesondere die Arbeiterinnen eingeladen.

Soll eine **durchgreifende Verbesserung** unserer **wirtschaftlichen Lage** stattfinden, dann ist es aber Pflicht sämtlicher Kollegen und Kolleginnen zu erscheinen.

Es sollte keiner zu Hause bleiben. Die dem Verbande nicht angehörenden Kollegen und Kolleginnen sind uns willkommen.

Unsere Losung sei: Einer für alle, alle für einen.

Mit kollegialem Gruß

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Lübeck des Deutschen Buchbinder-Verbandes. 6668

Konzerthaus Fünfhausen. 6678

Morgen Dienstag: Gr. Tanzkränzchen.
Mittwoch: Großes Tanzkränzchen.

Uhren- (6681
Reparatur-Werkstatt,
Goldwaren-Reparatur-Werkstatt.
Willi Westfehling,
32 Holstenstrasse 32

Billig! Ein großer Posten Billig!

Reste

passend zu Damen- und Kinder-Unterröcken. **A. Studt,** Krähenstr. 18.
Rote Rabattmarken. (6669

Vereinigte Butterhändler von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. **1.40** Mk. (6680

Käselager Oldekop

Diese Woche staunend billige
6683) Preise.

Tilsiter Vollfett
Pfund **50** und **60** Pfg.

Limburger
Pfund **50** und **60** Pfg.

Auf diese Preise 5% Rabatt.
Verkauf nur
Hüxstr. 83/85.

Achtung!

Geschäftskutscher, Kaufmanns- u. Weinarbeiter!

Versammlung

am Dienstag, dem 9. Septbr.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

Innere Verbandsangelegenheit.

6676) **Der Vorstand.**

NB. Das Erscheinen der Kollegen ist ein dringendes Erfordernis. D. O.

Achtung!

Versammlung

der bei

den Speditionsfirmen beschäftigten Arbeiter

heute, Montag, 8. Septbr.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.

Tages-Ordnung:

Bericht der Lohnkommission.

6674) **Der Vorstand.**

NB. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig. D. O.

Lübecker Sommer-Theater

i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.

Dienstag, den 9. September:
Vorletzte Operettenvorstellung.
Der entzückender Schlager

Filmzauber.

Mittwoch, den 10. September:
Letzte Operettenvorstellung.
Abschiedsvorst. f. **Gabriele Klerwin, Olga Renner, Fritz Langendorf.**

∴ Puppchen ∴

Gehn wir mal zu Hagenbeck — —

Schluß der tatenreichen Saison Sonntag, d. 14. September 1913.

Auf die vielen gutgemeinten Anfragen, betreffs Verlängerung der Saison, antworte ich, daß, nach einem derartig glänzenden Resultat. es geschäftlich unklug wäre diesen Eindruck aufs Spiel zu setzen, denn

Wirst du wo gut aufgenommen, darfst du nicht gleich wiederkommen!

6672) Anfang stets 8¼ Uhr.

Haarausfall, Kopfschuppen

sind natürliche Erscheinungen, sobald sie aber **verstärkt** auftreten, mahnen sie zu einer **rationellen Haarpflege.** Man braucht nun nicht etwa diesen Uebeln mit gelehrt klingenden medikamentösen oder fremdländischen Geheimmitteln auf den Hals zu rücken, wöchentliche regelmäßige Waschungen des Kopfes und Haares mit

„Shampoon mit dem schwarzen Kopf"

leisten das Möglichste. Eine Vorsicht beim Einkauf unseres vielmillionenfach erprobten Haarpflegemittels ist unerläßlich und **nur** die Devise **„Shampoon mit dem schwarzen Kopf"** gibt die Garantie des Originalpräparates.

„Shampoon mit dem schwarzen Kopf" mit der nebenstehenden Schutzmarke ist zum Preise von 20 Pf. pro Paket (7 Pakete M. 1,20) auch mit **Ei-, Teer-, Kamillen-, Schwefel-, Sauerstoff-, Kräuter-, Peru-Tannin-, Lanolin-,** oder **Birkenbalsam-Zusatz** (Paket 25 Pf., 7 Pakete M. 1,50) in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerie-Geschäften erhältlich.

Schutzmarke.

Alleinig. Fabrik.: Hans Schwarzkopf G. m. b. H., Berlin N. 37. 6669

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 210. Montag, den 8. September 1913. 20. Jahrg.

Wachsender Reichtum, steigendes Elend.*

Ueberall in der Welt gilt als Grundlage eines vernünftigen Lebens die Sparsamkeit. Wollte man einem Manne sagen, er solle nur lustig drauflos leben, je mehr Geld er durchbringe, desto nützlicher handle er — so würde er solchen Ratgeber vermutlich für verrückt erklären. Gleichwohl wird diese verrückte Lehre dem deutschen Volke in allem Ernste gepredigt. Freilich nicht dem einzelnen; im Gegenteil, der einzelne soll altpreußische Sparsamkeit üben. Aber sobald das Geld des einzelnen auf dem Wege über den Steuereinnehmer in den Staatssäckel geflossen ist, da soll mit einem Male das Gegenteil richtig sein! Da soll anstelle der Sparsamkeit die Verschwendung Nutzen bringen! Denn — auf diese Weise kommt ja das Geld unter die Leute! Je mehr der Staat ausgibt, desto mehr werden Arbeiter beschäftigt; die Arbeiterklasse habe also das größte Interesse an möglichst hohen Ausgaben aus der Staatskasse!

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß es die stets wachsenden Militärausgaben sind, die mit solchen Behauptungen beschönigt werden sollen. Die Hohlheit solcher Ausführungen zeigt eine neue einfache Ueberlegung. Woher stammt denn das Geld, womit die Militärlieferungen bezahlt werden? Von den Steuerzahlern, und zwar fast ausschließlich von den Arbeitern. Soll also diesen das Geld zugute kommen, so könnte mans ihnen ja einfach lassen, anstatt es ihnen erst abzunehmen, um es dann auf dem großen Umweg über die Waffenfabrikanten, bei denen ein schöner Profit hängen bleibt, wieder zurückzuleiten. Und wenn vielleicht jemand sagen wollte, gerade die Produktion, die durch diesen Umweg in Gang gesetzt wird, sei das Nützliche, so ist auch das nur Spiegelfechterei. Denn wenn nicht der Staat den armen Leuten das Geld abnähme, würden sie sich natürlich etwas dafür kaufen, was sie brauchen, Möbel oder Kleidung oder Nahrung. Diese Dinge müßten dann ebenfalls produziert werden, es würde also auch dann die Produktion in Gang gesetzt, aber für nützliche Gegenstände und nicht für Mordwerkzeuge.

Nichtsdestoweniger liegt jenem Gerede ein Gedanke zugrunde, der auf den ersten Blick vernünftiger ausschaut. Was für Kanonen, Flinten und Panzerplatten gilt, das gilt nämlich auch für alle anderen Waren. Alle müssen fabriziert werden, ihre Produktion gibt stets irgendwelchen Arbeitern Beschäftigung und „bringt Geld unter die Leute". Folglich müßten die Arbeiter stets ein Interesse daran haben, daß möglichst viele Waren verbraucht werden. Je toller die Verschwendung, desto größer das Glück der Arbeiter. Da nun die Arbeiter selbst bei ihren geringen Einkünften nicht verschwenden können, so müßten sie das Geschick segnen, das die reichen Leute geschaffen hat, und den als Wohltäter preisen, der den größten Aufwand macht.

Diesen anscheinend sehr einleuchtenden Gedanken, der auf den ersten Blick etwas Bestechendes hat, fanden wir einmal von einem Fabrikanten in folgender gefälligen Form ausgedrückt: Denken wir uns eine Fabrik, die 200 Arbeiter beschäftigt, von denen jeder 1250 Mark Jahreslohn bekommt. Dem Fabrikanten bleibt nach Abzug aller Unkosten, Ausgaben für den eigenen Haushalt und Steuern ein Reingewinn von jährlich 60 000 Mark. Wenn er die zunächst spart und zwar zehn Jahre lang, so ist ihm daraus ein neues Kapital von 600 000 Mark erwachsen. Davon wird er einen Teil für Luxus ausgeben, wird sich vielleicht eine Villa mit einem hübschen Garten zulegen, dazu Pferd und Wagen oder ein Automobil. Das mag 150 000 bis 200 000 Mark kosten. Nun bleiben noch wenigstens 400 000 Mark übrig. Damit wird er seine Fabrik vergrößern, wird einen Teil ausleihen zur Vergrößerung einer anderen Fabrik, einen Teil zu gemeinnützigen Bestrebungen, Bau von Arbeiterwohnungen, Bau eines Theaters hergeben usw.

Wenn der Fabrikant die eigene Fabrik vergrößert, braucht er neue Arbeiter. Ebenso werden neue Arbeiter gebraucht bei der Vergrößerung jeder anderen Fabrik, beim Bau von Häusern, Theatern usw. Aber auch wenn der Fabrikant sich eine Villa bauen läßt, so gibt das Beschäftigung für Maurer, Zimmerleute, Steinbrecher, Steinmetzen, Ziegelstreicher, Erdarbeiter, Glaser, Tischler, Maler; die innere Ausstattung beschäftigt Möbeltischler, Tapezierer, Sattler, Dekorateure usw. Hält er sich Wagen und Pferde, so braucht er Kutscher und Stallpersonal, beim Auto einen Chauffeur; beide Fahrzeuge müssen fabriziert und unterhalten werden. Kurzum, was auch immer der Reiche mit seinem Gelde anfängt, stets dient es zur Beschäftigung von Arbeitern. Da nun bloß bei starker Beschäftigung an eine Erhöhung der Löhne zu denken ist, so haben die Arbeiter in jeder Hinsicht das größte Interesse daran, daß die Kapitalisten viel Geld verdienen.

Nun aber hängt die Höhe des Profits aufs engste von der Höhe der Löhne ab. Wenn z. B. die Arbeiter jener Fabrik mit ihren 1250 Mark nicht zufrieden sind, sondern eine Steigerung auf 1500 Mark durchsetzen, so verringert sich sofort der Reingewinn um 200 × 250 = 50 000 Mark. Unter der Annahme, daß jetzt der Fabrikant weniger Steuern zahlt und auch für seinen Haushalt weniger verbraucht, blieben ihm allerhöchstens 18 000 Mark übrig, in zehn Jahren 180 000 Mark. Nun kann er sich keine Villa mit Pferd und Wagen anschaffen, die eigene Fabrik nicht oder nur unbedeutend erweitern, kein Geld an andere ausleihen, und all die massenhafte Beschäftigung, die sonst für neue Arbeiter möglich gewesen wäre, unterbleibt.

Und die Moral von der Geschicht'? Der Verfasser drückt sie wörtlich wie folgt aus: „Dem denkenden Arbeiter zu zeigen, daß große Unternehmer- und Fabrikantengewinne immer neue Arbeitsgelegenheiten und damit ein Steigen der Arbeitslöhne hervorbringen."

Ein überraschendes Resultat! Sollen die Arbeitslöhne steigen, so müssen die Kapitalisten große Gewinne machen. Sollen sie große Gewinne machen, so müssen — das wurde uns eben gezeigt — die Löhne niedrig sein. Folglich, wenn die Arbeiter hohe Löhne haben wollen, müssen sie — mit niedrigen Löhnen zufrieden sein!!

Jeder Denkende sieht ein, daß hier irgendwo ein Fehler stecken muß. Wenn aber selbst die Dinge sich so abspielten, wie sie hier geschildert sind, würde ein dauernder Nutzen für die Arbeiter auch noch nicht herausspringen. Denn sobald nun die Löhne steigen, werden ja dadurch wieder die Profite verringert. Damit muß dann — immer nach der Logik jenes Fabrikanten — die starke Nachfrage nach Arbeitern aufhören und die Löhne müssen wieder sinken!

Nun aber zu dem Fehler, der in jener Rechnung stecken muß. Es ist ganz richtig, daß die Kapitalisten den Gewinn, den sie erübrigen, in irgendeiner Form zur Erweiterung der Produktion benutzen. Aber nicht richtig ist, daß dadurch immer und überall neue Arbeiter beschäftigt werden. Denn eben durch die Erweiterung der Produktion wächst die Produktivkraft. Das will besagen: je größer ein Unternehmen ist, desto weniger Arbeiter braucht es verhältnismäßig. Natürlich nur verhältnismäßig; die Zahl der erforderlichen Arbeiter kann wachsen, aber nicht in demselben Maße, wie das Unternehmen wächst. Wurden bisher 100 Arbeiter beschäftigt, so werden bei Verdoppelung des Kapitals keine 200 gebraucht, sondern vielleicht nur 190 oder 180. Jeder in einem größeren Betriebe stehende Arbeiter kennt das. Ein paar Beispiele: selbst wenn jede neue Werkzeugmaschine ebenso viele neue Arbeiter erfordert wie die alten, so braucht doch das Aufsichtspersonal nicht verdoppelt zu werden, ebenso wenig die Kesselheizer und Kraftmaschinenwärter; es ist nicht unter allen Umständen ein Anbau nötig, die vorhandenen Räume werden besser ausgenutzt, so daß der Verbrauch an Licht, Heizung, Feuerung sich nicht verdoppelt (also nicht doppelt so viel Kohlen gekauft und folglich in den Gruben produziert werden müssen) usw. Es ist eben eine Tatsache, die durch jahrhundertelange Beobachtung feststeht und täglich aufs neue beobachtet werden kann: je mehr Arbeiter zu gemeinsamer Tätigkeit unter einheitlicher Leitung vereinigt sind, desto planmäßiger können sie zusammen arbeiten; je höher aber die Planmäßigkeit, das Handinhandarbeiten, desto produktiver ist die Arbeit, desto mehr bringt sie fertig. Infolgedessen werden bei der Vergrößerung eines Betriebes niemals ebensoviel neue Arbeiter gebraucht, wie die Vergrößerung an sich ausmacht.

Nun könnte man sagen, das habe nicht viel zu bedeuten; denn wenn — im obigen Beispiel — auch nicht gerade 100 neue Arbeiter beschäftigt werden, so doch immerhin 80 oder 90. Die stärkere Nachfrage nach Arbeitern ist also da, und die Löhne müssen steigen. Aber durch das Zusammenarbeiten einer größeren Anzahl werden nicht nur die neuen Arbeitskräfte produktiver, sondern die alten ebenfalls. 190 bringen doppelt soviel fertig, wie 100. Setzen wir nun — um einfache Rechnung zu haben — den Fall, daß im dritten Jahre wiederum nur soviel Kapital angesetzt wird, wie ursprünglich zur Beschäftigung von 100 Arbeitern nötig war. Dann werden statt 300 Arbeiter vielleicht nur 260 gebraucht; im folgenden Jahre verhältnismäßig noch weniger usw. Dauert dies eine Reihe von Jahren an, so muß es einmal so weit kommen, daß trotz Vergrößerung des Kapitals überhaupt keine neuen Arbeiter eingestellt werden. Und nach einer weiteren Reihe von Jahren müssen trotz vergrößerten Kapitals sogar noch Arbeiter entlassen werden!

Wozu sich darüber den Kopf zerbrechen, wird vielleicht mancher meinen! Wenn es wirklich so schlimm sein sollte, so muß es doch lange, lange Jahre dauern, bis es so weit kommt. — Doch gemach! Vergessen wir nicht, daß diese Entwicklung schon seit langen, langen Jahren im Gange ist. Allein die Zeit des Großkapitalismus, die diese schlimmen Folgen am schärfsten entwickelt, dauert jetzt schon über 100 Jahre. Es ist also keine ferne Zukunft, von der wir reden, sondern bittere, blutige Gegenwart. In der Tat spüren es ja die Arbeiter am eigenen Leibe, daß die Arbeitslosigkeit, die auf solchem Wege entstehen muß, längst zur Wahrheit geworden ist. Genau so alt wie das Zeitalter des Großkapitalismus, ist auch das Zeitalter der massenhaften Arbeitslosigkeit. Selbst in

* Wir entnehmen diesen Artikel dem ersten Heft der von dem Genossen Julian Borchardt soeben herausgegebenen Monatsschrift „Lichtstrahlen", Bildungsorgan für denkende Arbeiter. Preis 10 Pfg. Zu beziehen durch die Buchhandlung des „Volksboten", Johannisstraße 46, part.

Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Erschrocken war der Amtsrichter hinter den Tisch getreten.

„Ich frage weiter," fuhr Haltmann fort, „ist der Haftbefehl gegen mich aufgehoben oder nicht?"

Jetzt hatte sich der Richter wieder gesammelt.

„Machen Sie jetzt, daß Sie hinauskommen!" rief er. „Oder glauben Sie, daß ich mich mit einem Verbrecher herumstreiten werde? Wenn Ihnen meine pflichtgemäßen Eröffnungen nicht gefallen, so ist das nicht meine Schuld, und Sie können sich über mich beschweren. Wir leben in einem Rechtsstaat, das scheinen Sie vergessen zu haben."

Karl Haltmann hörte ihn nicht mehr; er war hinaus und warf die Tür hinter sich ins Schloß.

Vor Empörung bebend aber sagte der Richter zu dem Gerichtsschreiber:

„Es gibt doch keinen schwereren Beruf, als den eines Richters. Von jeder Kanaille riskiert man, Unverschämtheiten gesagt zu erhalten. Und gerade dieser Haltmann, der nicht einmal die Würde des Gerichts respektiert — das ist ein Lump erster Klasse! Na, man wird ihn ja schon wieder erwischen — wenn's auch diesmal gut gegangen ist, der Krug geht doch nur so lange zu Wasser, bis er bricht! Ich hätte den Kerl wegen seines pöbelhaften Benehmens doch in eine Ordnungsstrafe nehmen sollen."

Der Herr Gerichtsschreiber stimmte den Erörterungen seines Vorgesetzten bei. — —

Karl Haltmann war, von dem Gerichtsdiener gefolgt, in das an das Gerichtsgebäude anschließende Untersuchungsgefängnis zurückgeeilt. Der Gerichtsdiener hatte den Entlassungsbefehl übergeben, Karl Haltmann hatte seine Sachen gepackt, hatte erklärt, daß er sich die neunhundert Mark morgen früh an der Kasse der Staatsanwaltschaft abholen werde, und war dann, so schnell ihn seine Füße tragen konnten, durch die Pforten des Gefängnisses auf die Straße davongeeilt.

Freiheit! — Freiheit! —

Gerade wie damals tat er auch jetzt einen tiefen Atemzug und warf einen langen Blick hinauf zu dem Winterhimmel, an dem schon die ersten Sterne emporgezogen kamen. Lebte er wirklich in einem Rechtsstaat, in dem Gesetz und Recht hieß, was sein Gewissen als Grausamkeit empfand?

Langsam ging er durch die mit sonntäglich geputzten Menschen belebten Straßen dem Bahnhof zu. „Hotel Adler!" Er kannte das wohl; es war eines der besten Gasthäuser der Stadt — dort drüben lag es. Schnell trat er ein; der Portier fragte freundlich nach seinen Wünschen und wies ihn, als er nach Fräulein Marie Sanders gefragt hatte, in das Lesezimmer.

Marie war allein darin; sie war in die Lektüre einer Zeitung vertieft und hörte es gar nicht, wie die Tür sich öffnete und Haltmann leise auf den schweren Teppichen sich ihr näherte.

„Fräulein Marie!"

Da sah sie auf. Ein sonniges Lächeln flog über ihr Gesicht. Schnell stand sie auf und streckte ihm die Hand zum Gruß entgegen.

„Armer Freund!"

Das war zunächst alles, was sie sagen konnte. Aber Haltmann wollte es fast bedünken, als müsse dieser schmerzliche Ton, in dem sie die zwei Worte gesagt, derselbe sein, mit dem einst nach der biblischen Erzählung die Gerechten zur Seite Gottes gerufen werden.

Tief ergriffen neigte er sich und küßte ihre Hand.

„Wie soll ich Ihnen danken?" stammelte er.

Sie sah ihn an, mit demselben großen, verwunderten Blick, den er schon an ihr kannte.

„Danken?" meinte sie und strich ein widerspenstiges Löckchen aus der Stirn zurück. „Danken? Wofür?"

„Daß Sie selbst kamen —"

„Sie machen mir ein Kompliment damit, lieber Freund — das Zeugnis kann ich Ihnen gern geben! Also für so feig halten Sie mich, daß Sie sich wundern, weil ich dem Richter die Wahrheit gesagt habe? Ein ganz klein wenig, nur ein ganz klein wenig besser sollten Sie doch von mir denken!"

„Verzeihung, Fräulein Marie! Nur Gutes, das Beste, was ich weiß, wollte ich Ihnen sagen!"

„Ich wüßte etwas Besseres!" sagte sie in erzwungener Fröhlichkeit, doch ihre feuchten Augen verrieten den schmerzdurchwühlten Aufruhr in ihrer Seele. „Sehen Sie, wenn Sie jetzt hereingetreten wären und hätten gesagt: „Ich sehne mich nach den Fleischtöpfen Aegyptens, denn im Gefängnis habe ich Hunger gelitten — jetzt will ich essen und trinken und versuchen, wieder fröhlich zu werden, dann hätte mich das viel mehr gefreut, als Ihre so herzensgut gemeinte Dankbarkeit! Und ich will Ihnen verraten, lieber Freund: ich bin hier in diesem Hotel an die rechte Schmiede gekommen, eine vortreffliche Küche! Also kommen Sie nach dem Speisesaal, es ist sechs Uhr, kommen Sie!"

„Nun wollen wir recht gesittet sein," sagte sie, „und wollen vergnügt plaudern, damit die klügen Leute etwas zu raten haben und die dummen sich über uns die Köpfe zerbrechen."

Sie gingen. Hell flammten die elektrischen Lampen, die auf jedem der gedeckten Tische standen.

„Dort hinten!" sagte Haltmann und wies auf einen Tisch in der Ecke.

Marie ging voran; er folgte ihr und bewunderte ihre schlanke, hohe Gestalt, die mit einer Ruhe und Sicherheit durch den Saal schritt, als habe sie heimatlichen Boden unter ihren Füßen. Er selbst fühlte es, wieviel ihm an dieser Sicherheit fehlte, und er wußte auch, wo er, ein verfolgtes, gehetztes Wild, sein festes, sicheres Auftreten gelassen hatte. Er mußte den Kelch des Leidens bis zur Neige austrinken und keine Demütigung blieb ihm erspart. Ein Richter hatte ihn vor Jahren abgeurteilt, und seit jenem Tage war er dem ewigen Gericht verfallen, das sich Recht nannte.

Marie hatte schon Platz genommen, und Karl Haltmann setzte sich ihr gegenüber.

Ein Kellner legte ihm die Speise- und die Weinkarte vor.

„Oder wünschen die Herrschaften ein Menü zu haben?" fragte er.

„Natürlich ein Menü!" sagte Marie. „Da hat man nicht die Qual der Wahl."

„Wie Sie fragen!" rief sie. „Das Beste ist doch gerade gut genug für diesen Tag, an dem ein ehrlicher Mensch den Klauen der Justiz entrissen worden ist! Trinken wir etwas, was durch die Nerven geht: Roederer, Pommery — mein Gott, wie glücklich fühle ich mich, ein gerechterer Richter zu sein als jene, die Sie unschuldig verfolgen. — Und nun weg mit den Grillen — es lebe das Leben und die Freude am Leben!"

Der Kellner trat wieder heran, um nach den Befehlen der Herrschaften zu fragen.

„Pommery!" sagte Marie und wies auf eine Nummer der seitenlangen Weinkarte.

„So," fuhr sie dann fort, „nun erzählen Sie oder vor allen Dingen beantworten Sie mir die eine Frage: Wie konnten Sie auch nur eine Stunde in Haft gehen, wo es nur eines Telegramms an mich bedurft hätte, Ihnen alle diese behördlichen Weisheiten zu ersparen? Beantworten Sie mir diese Frage!"

Er sah ihr in das große, kluge Auge.

„Und wenn ich das nicht tue?" fragte er.

„Sie werden sich natürlich irgendeinen Grund dafür zurechtgeklügelt haben, ich zweifle nicht daran! Und doch sage ich Ihnen: Ihr Schweigen war eine Dummheit! Welche Rücksichten sind Sie mir denn schuldig? Und ist die Rücksicht auf Ihre eigene Selbsterhaltung nicht die erste?"

den Zeiten besten Geschäftsganges sind heutzutage Zehntausende, ja Hunderttausende arbeitslos. Im Oktober 1910 und ebenso im Oktober 1911 gab es allein im Königreich Sachsen — das nicht ganz 5 Millionen Einwohner hat — etwa 23 000 Arbeitslose, die fast sämtlich viele Wochen, zum Teil sogar monatelang arbeitslos waren. Das bedeutet fürs ganze Deutsche Reich fast 300 000 Arbeitslose zu einer Zeit, in der von Krise keine Rede war. Und im Jahre 1912, das eine gewaltige Steigerung der Produktion erlebte, ist die Zahl der Arbeitslosen noch gewachsen.

Wachsender Reichtum — steigendes Elend, das ist der vollendete Widersinn, in den uns diese Entwicklung bisher gebracht hat.

Aus der Partei.

Zur Frage des Massenstreiks legt der Parteivorstand dem Parteitag folgende Resolution vor: „Nach dem vom Mannheimer Parteitag (1906) bestätigten Beschluß des Jenaer Parteitages (1905) ist die umfassendste Anwendung der Massen-Arbeitseinstellung gegebenenfalls als eines der wirksamsten Mittel zu betrachten, nicht nur, um Angriffe auf bestehende Volksrechte abzuwehren, sondern um Volksrechte neu zu erobern. Die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen Vertretungskörpern ist eine der Vorbedingungen für den Befreiungskampf des Proletariats. Das Dreiklassenwahlrecht entrechtet die Besitzlosen nicht nur, sondern hemmt sie in allen ihren Bestrebungen auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung, es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts, die Junkerkaste, zum Beherrscher der Gesetzgebung. Darum fordert der Parteitag die entrechteten Massen auf, im Kampfe gegen das Dreiklassenunrecht alle Kräfte anzuspannen, in dem Bewußtsein, daß dieser Kampf ohne große Opfer nicht siegreich durchgeführt werden kann. Indem der Parteitag den Massenstreik als unfehlbares und jederzeit anwendbares Mittel zur Beseitigung sozialer Schäden im Sinne der anarchistischen Auffassung verwirft, spricht er zugleich die Überzeugung aus, daß die Arbeiterschaft für die Erringung der politischen Gleichberechtigung ihre ganze Kraft einsetzen muß. Der politische Massenstreik kann nur bei vollkommener Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung von klassenbewußten, für die letzten Ziele des Sozialismus begeisterten und zu jedem Opfer bereiten Massen geführt werden. Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdlich für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken."

Die Bebel-Büste, die der Berliner Bildhauer Julius Obst modelliert hat, ist nunmehr fertiggestellt und sind die Abgüsse jetzt durch alle Buchhandlungen zu beziehen. Wir weisen nochmals darauf hin, daß drei verschiedene Größen geliefert werden. Größe A, 80 cm hoch, kostet 20 Mk.; Größe B, 60 cm hoch, 15 Mk.; Größe C, 20 cm hoch, 2 Mk. Da anzunehmen ist, daß auch von anderer Seite Büsten von August Bebel angeboten werden, hat unser Berliner Parteiverlag dafür Sorge getragen, daß jeder Abguß ein kleines Schild „Buchhandlung Vorwärts, Berlin" trägt. Unsere Genossen und Genossinnen, die Wert darauf legen, die von dem Bildhauer Obst hergestellte Büste zu erhalten, werden gut tun, auf das angegebene Firmenschild zu achten.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Konflikt im Hauptvorstand für das Baugewerbe liegen jetzt noch einige Pressemeldungen der beteiligten Interessenten vor. Das Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe schreibt zu der Erklärung des Redakteurs vom „Zimmerer", August Bringmann, folgendes: „Nachdem hier jetzt zugegeben ist, daß die von den Herren Unparteiischen vorgenommene redaktionelle Änderung des Betonschiedsspruches eine „Fälschung" dieses Schiedsspruches auch nach Ansicht des Herrn Bringmann nicht ist, wird man erwarten können, daß im „Zimmerer" auch die von ihm gebrachten beleidigenden Hinweise auf die angeblichen „Veranlasser der Fälschung" zurückgenommen werden. Vorher wird der Konflikt im Hauptvorstand für das Baugewerbe kaum als erledigt angesehen werden können." — Das Verbandsorgan des christlichen Bauarbeiterverbandes schreibt in seiner letzten Nummer: „In der Nr. 34 des „Zimmerer" erhebt Herr August Bringmann gegen den Kollegen Becker die Unterstellung, er sei der Veranlasser der Änderung im Schiedsspruche für das Betongewerbe. Er ergeht sich dabei in den ärgsten Beleidigungen gegen Becker. Wir gehen hierauf nicht ein. Erklären wollen wir aber, daß wir Herrn Bringmann an Gerichtsstelle den Beweis für seine Behauptung antreten lassen werden." — Genau im Wortlaut die gleichen Notizen bringt die Baugewerkszeitung (3. September), woraus erkenntlich ist, daß sie jedenfalls aus dem Lager des Unternehmerverbandes stammen. Sonderbar mutet in der Baugewerkszeitung nur die Einleitung zu der Notiz an, die zum Schluß besagt, vorher — bis Bringmann weitere beleidigende Hinweise zurückgenommen hat — könnte der Konflikt nicht als erledigt angesehen werden. In dieser Einleitung wird nämlich bemerkt, daß die Unparteiischen durch die Erklärung Bringmanns die verlangte Genugtuung erhalten haben. Das ist also wohl als die Meinung der Redaktion genannten Blattes anzusprechen, die wohl auch für jeden die Sache ruhig beurteilenden Menschen gelten könnte.

Die Aussperrung in den Brennaborwerken in Brandenburg a. H. dürfte in absehbarer Zeit noch nicht beendet werden. Mit aller Entschiedenheit muß zunächst noch einmal den irreführenden Mitteilungen bürgerlicher Blätter entgegengetreten werden, daß die Arbeiter wegen Nichterfüllung ihrer Forderungen streiken. Die Firma hat ausgesperrt, weil die Arbeiter dem ihnen von der Firma diktierten Tarifvertrag die Zustimmung versagt haben. In der „Berliner Morgenpost" war zu lesen: „Die Verwaltung der Brennaborwerke in Brandenburg a. H. teilt mit, daß sich noch immer Arbeiter im Ausstande befinden." Wenn das die Verwaltung der Brennaborwerke wirklich mitgeteilt hat, dann hat sie die Wahrheit auf den Kopf gestellt. Weiter ist in dem Bericht zu lesen: „In dem Versandt der Gesellschaft ist eine Stockung bisher nicht eingetreten, da die Läger vor Ausbruch des Streiks (es ist unwahr, daß die Arbeiter in den Brennaborwerken streiken) sehr reichlich komplettiert waren." So die Verwaltung der Brennaborwerke. Anders die Firma Gebr. Reichstein, Brennaborwerke. Just in demselben Augenblick, wo die Verwaltung der Firma Gebr. Reichstein der Öffentlichkeit solche Mitteilungen zugehen läßt, versendet die Firma Gebr. Reichstein an ihre Kundschaft folgendes Entschuldigungsschreiben: „Wegen der bei uns eingetretenen Arbeitsunterbrechung ist es nicht möglich, die freundlichst bestellten Waren sofort zu liefern. Wir hoffen jedoch, daß die Störung bald beseitigt sein wird und bitten Sie, sich etwas zu gedulden." Nach diesem Eingeständnis der Firma Gebr. Reichstein an ihre Kundschaft scheint die Mitteilung der Verwaltung von Gebr. Reichstein an die Presse nur dazu berechnet zu sein, die Öffentlichkeit über den wirklichen Stand der Dinge zu täuschen. Es wäre doch recht sonderbar, daß die Verwaltung von Gebr. Reichstein nicht wissen sollte, daß die Firma an ihre Kundschaft die oben wörtlich wiedergegebenen Schreiben verschickt. Der immer außerordentlich „gut" informierte „Berl. Lokalanzeiger" bringt die Nachricht, daß die Firma die Verhandlungskommission am 2. Septbr. zu sich bestellt habe und das Resultat der Verhandlungen zwischen der Kommission und der Firma in einer am 3. September einberufenen Betriebsversammlung unterbreitet werden soll. Auch diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Die Firma hat weder die Kommission zu Verhandlungen geladen, noch haben Verhandlungen zwischen der Firma und den Ausgesperrten stattgefunden. Richtig ist, daß am 3. September eine Versammlung der Ausgesperrten stattgefunden hat, in der u. a. ein Briefwechsel bekanntgegeben wurde, der zwischen den Organisationen, der Kommission und der Firma stattgefunden hat. Die Organisationen hatten sich schriftlich an die Firma gewandt, um über die Beilegung des Konflikts zu verhandeln. Die Firma hat die Organisationen bezw. dessen Vertretern keine Antwort gegeben; sie hat in einem Schreiben an die Kommissionsmitglieder erklärt, daß sie mit dem Verbande direkt nichts zu tun habe und es der Kommission frei stehe, sich an die Firma zu wenden. Die Kommission hat darauf der Firma ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen mitgeteilt. Im letzten Schreiben an die Kommission vom 30. August teilt die Firma mit, sie sei bereit, die Kommission zu empfangen, falls die Arbeiter die ihnen bekannten Bedingungen annehmen wollen. Die Firma wollte also nur verhandeln, wenn die Arbeiter die ihnen von der Firma diktierten Bedingungen annehmen. Verhandlungen, die davon abhängig gemacht werden, daß eine Partei die Bedingungen rückhaltlos anerkennt, die die andere Partei diktiert, sind keine Verhandlungen. Wenn die Firma R. glaubt, daß nach der nunmehr 4wöchigen Aussperrung die Arbeiter gefügiger geworden sind, um die von ihr diktierten Tarifbedingungen anzunehmen, dann hat sie sich gewaltig geirrt. In geheimer Abstimmung haben von den 1800 Ausgesperrten 1725 dafür gestimmt, daß unter diesen Umständen Verhandlungen nicht geführt werden können und nur 24 waren dafür, Verhandlungen auf der von der Firma vorgeschlagenen Grundlage zu pflegen. Diese Antwort wird die Firma gewiß nicht erwartet haben. Der Kampf geht also weiter, und wenn der Firma daran liegt, die Störung in ihrem Betriebe zu beseitigen, so muß sie andere Vorschläge machen, um einen ehrlichen Frieden zu ermöglichen. — Bis zur Beendigung des Kampfes wird ersucht, den Zuzug von Arbeitern und Arbeiterinnen nach Brandenburg a. H. unter allen Umständen fernzuhalten.

Formerstreik in Aschersleben. In der Aschersleben er Maschinenbauanstalt-Aktiengesellschaft haben die Former wegen eines zehnprozentigen Lohnabzuges die Arbeit eingestellt. In dem Betriebe sind Preßluftstampfer eingeführt, die bei den vorhandenen Betriebseinrichtungen keinerlei Vorteile bieten. Zuzug ist fernzuhalten.

Aus der Jugendbewegung.

Zum Polizeikampf gegen die Arbeiterjugend. Am Mittwoch hatten sich sieben Missetäter vor dem Recklinghauser Schöffengericht zu verantworten, die alle die Jugendparagraphen des Vereinsgesetzes mit Füßen getreten haben sollten, wie vordem eine Anzahl Jugendfreunde in Buer, Gladbeck und Horst-Emscher. Zuverlässig, wie die Polizei im Kreise Recklinghausen nun einmal ist, hatte sie wieder Leute auf die Anklagebank gebracht, die nur in der Phantasie der Polizei zu einer sozialdemokratischen Jugendorganisation gehörten, bezw. sich in einer solchen betätigt haben. Einer der sieben Angeklagten gehört der Jugendabteilung des — Marinevereins an. Drei andere waren gar nicht Abonnenten der „Arbeiter-Jugend". Ein jugendlicher Angeklagter war zufällig in den Saal gekommen, als der Kolporteur der „Arbeiter-Jugend" mit mehreren von ihm eingeladenen Personen am Turnen war. Ein Angeklagter hatte sich während des strömenden Regens in den Saal geflüchtet, wo im März eine Jugendversammlung stattfinden sollte, jedoch von einem Polizeiaufgebot von sieben Mann vereitelt wurde. Auf diese Weise geriet er ins polizeiliche Notizbuch, in dem alle anwesenden Jugendlichen verewigt wurden, und so auch auf die Anklagebank. Nur einer von den sieben blieb übrig, der die polizeiliche Anklage vor einem völlig blamablen Zusammenbruch retten konnte. Es war der Kolporteur der „Arbeiter-Jugend" und als solcher der „Vorstand eines politischen Vereins", dessen Anmeldung bei der Polizei er freventlich unterlassen hatte. Er wurde mit 50 Mk. Geldstrafe belegt.

Freisprechendes Urteil gegen die Jugendbewegung. Vor der 7. Ferienstrafkammer des Landgerichts Berlin I hatten sich am Freitag 24 junge Burschen und Mädchen wegen Verletzung des Vereinsgesetzes zu verantworten. Vor einiger Zeit war nach der im Osten Berlins belegenen Jasmundstraße durch Flugblatt eine Jugendversammlung einberufen, die, wie der als Zeuge vernommene Polizeileutnant Wolter bekundete, von etwa 80 jungen Leuten besucht war. Der Polizeileutnant verlangte als überwachender Beamter, daß alle unter 18 Jahre alten Personen den Saal verlassen. Der Einberufer erwiderte darauf, dann werde er die Versammlung überhaupt nicht eröffnen; die Versammelten könnten aber zwecks geselliger Unterhaltung dableiben. Es wurde darauf musiziert, Lieder wurden gesungen und auch das Gedicht von Freiligrath „Trotzalledem" und das Gedicht von Heinrich Heine „Die Weber" vorgetragen. Ganz besonders letzteres gab dem Polizeioffizier Anlaß, die „Versammlung" für aufgelöst zu erklären, da diese gesellige Zu-

---

Er reichte ihr tief innerlich dankbar über den Tisch hinüber die Hand.

„Sprechen Sie nicht mehr davon, Fräulein Marie! Sie stehen mir zu hoch, Sie sind zu edel, als daß Sie in solchen Schmutz hineingezogen werden dürften — sprechen Sie nicht mehr von der Sache, sie ist vorbei —"

Langsam löste sie ihre Hand aus der seinen. —

Der Kellner kam und servierte die Suppe.

„So, mein Freund," sprach Marie, „allen andern Fragen voran geht jetzt die Magenfrage!"

Sie begannen zu essen, und zuweilen blickte sie zu ihm hinüber und freute sich, als sie bemerkte, daß er nach den überstandenen seelischen Aufregungen mit gutem Appetit aß.

„Ein Versprechen müssen Sie mir noch geben," nahm Marie Sanders nach einer Weile das Wort, „daß Sie nämlich nicht wieder in Ihre bisherige Wohnung zurückkehren. In der Obhut eines solchen Weibes möchte ich Sie nicht länger wissen, lieber Freund!" Sie erzählte ihm ihre Verhandlungen mit der Frau und setzte hinzu, daß sie selbst alle seine Sachen gepackt habe; er brauche nur hinzugehen und sie abzuholen.

„Bleiben Sie heute nacht hier im Hotel," schloß sie, „und morgen suchen Sie dann ein neues Unterkommen!"

Er starrte sie ernst an.

„Wer sagt Ihnen, daß ich überhaupt in dieser Stadt bleiben kann?" fragte er bitter.

„Warum denn nicht?" lautete die Gegenfrage.

„Was soll ich hier, wenn ich keine Stellung habe?"

„Keine Stellung? Ihr Direktor wird doch nicht so unvernünftig sein, Sie zu entlassen, weil Sie in einen falschen Verdacht geraten waren. Das ist doch nicht möglich!"

„Ich fürchte es doch! Der Direktor ist kein Doktor Graßer, und wenn auch meine Unschuld sich ergeben hat, so bleibt bei solchen Affären doch immer etwas hängen! Und dann das Furchtbare: so gut wie es meine Wirtin erfahren hat, daß ich vorbestraft bin, so gut haben es auch meine Kollegen in der Fabrik erfahren. Wer will denn aber mit einem Vorbestraften zusammen arbeiten?"

Sie sah ihn groß an.

„Wer? Ich zum Beispiel ohne Bedenken."

„Ja, Sie! Aber Sie sind eine Ausnahme!"

Sie blickte auf ihren Teller nieder, als sie mit bebenden Lippen entgegnete:

„So hat Sie die Justiz wieder aus Brot und Stellung vertrieben?"

Dann aber erhob sie gezwungen lächelnd ihr Glas:

„Weg mit den trüben Gedanken! Stoßen wir auf die Zukunft an, mein Freund, daß sie hell und sonnig werde!"

Die Gläser klangen aneinander. Dann warf Marie einen Blick auf die Uhr.

„Ich will um neun Uhr fahren, lieber Freund," sagte sie, „ich denke, wir gehen zum Bahnhof, wo wir bei einer Tasse Kaffee den Rest der Zeit, die uns noch verbleibt, verplaudern."

Karl Haltmann nickte zustimmend und rief den Kellner.

Haltmann hatte die Rechnung bezahlt; beide erhoben sich und gingen zur Vorhalle. Dann traten sie hinaus auf die Straße.

Kalt wehte die Winterluft; hastig eilten die Passanten. Nur Haltmann und Marie gingen langsam nach dem wenige Minuten entfernten Bahnhof.

„Wann werde ich Sie wiedersehen?" fragte er leise.

„Nun sind Sie mir den Besuch schuldig," antwortete sie. „Ich erwarte Sie in der Hauptstadt."

Er sah sie zweifelnd an.

„Sie vergessen," sagte er langsam, „daß ich ausgewiesen bin!"

Sie lachte auf.

„Das kann Sie doch nicht hindern, mich zu besuchen?"

„Allerdings," entgegnete er, „ich habe leider keinerlei Recht, das Banngebiet der Residenz zu betreten. Tue ich es trotzdem, so werde ich mit Geldstrafe bis zu hundertfünfzig Mark oder Haft bis zu sechs Wochen bestraft! Habe ich aber in ganz dringenden Angelegenheiten dort zu tun, so muß ich vorher die Erlaubnis zum Besuch nachsuchen, und dann läßt mich eine hochweise Polizei während der Dauer meines Aufenthalts auf Schritt und Tritt beobachten. Sie sehen, so einfach, wie Sie sich das denken, ist das nicht!"

„Es ist unfaßbar," meinte sie ärgerlich. „Eine moderne Sklavenzüchterei! Ich hätte nicht geglaubt, daß unsere Behörden so viel Zeit haben, sich mit solchen Dingen abzugeben! Aber trotzdem — kommen Sie doch — ich käme —" setzte sie langsam hinzu.

„Sie! Ja, Fräulein Marie — Sie haben freilich den Mut einer Heldin! Das haben Sie erst heute wieder bewiesen.

Sie legte ihm die Hand auf den Mund.

„Keine Dummheiten, keine Komplimente! Sehen Sie, hier sind wir am Bahnhof, die Uhr zeigt achteinhalb, da bleiben uns noch fünfundzwanzig Minuten zu einer Tasse Kaffee!"

Sie traten in den Wartesaal ein und ließen sich an einem unbesetzten Tisch nieder. Gleich hinter ihnen trat ein einzelner Herr in den Raum, der einen flüchtigen, aber scharfen Blick auf die beiden warf und sich dann ebenfalls an einen Tisch setzte, wo er anscheinend sehr eifrig eine Zeitung zu lesen begann. Haltmann hatte ihn sofort bemerkt und erkannt: es war derselbe Kriminalbeamte, der ihn vor einigen Tagen verhaftet hatte. Beobachtete ihn der Mann?

„Was starren Sie wie eine Sphinx immer dort nach jenem Tische?" fragte Marie.

Er erklärte ihr den Grund.

„Was sollte der Mann Sie zu beobachten haben? Er wird im Dienste sein —"

„Ich glaube es nicht! Ich bin überzeugt, daß er nur meinetwegen hier ist!"

„Gut, so lassen Sie ihn Ihretwegen da sein! Freuen Sie sich, unter dem Schutze dieses Mannes zu stehen, und trinken Sie ihm zum Trotz Ihren Kaffee!"

„Wir sind uns noch nicht einig," sagte er, „wann und wo wir uns wiedersehen!"

„Ja, so! Allerdings eine wichtige Frage! Wir wollen uns an einem dritten Orte treffen — ich schreibe Ihnen darüber —"

„Werden Sie mich nicht zu lange warten lassen?"

„Nein! Ich erwarte jedoch von Ihnen den ersten Brief und hoffe, daß Sie mir darin von dem Wiedereintritt in Ihre Stellung Mitteilung machen können!"

„Die Frage wird sich morgen entscheiden!"

Der Portier kam und rief zum Einsteigen in den Zug nach der Residenz ab.

Haltmann und Marie erhoben sich und gingen hinaus zum Bahnhof. Beide bemerkten, wie der Polizeibeamte sich ebenfalls erhob und durch eine zweite Tür den Wartesaal verließ. Wenige Augenblicke später sahen sie ihn wieder dicht in ihrer Nähe auf dem Perron.

„Der Mensch folgt uns wahrhaftig!" sagte Marie.

„Ich werde ihn zur Rede stellen!" entgegnete Haltmann mit unterdrückter Heftigkeit. Sie hielt ihn zurück.

„Keine Uebereilung, lieber Freund! Wollen Sie, daß Ihnen der Mann entgegne, daß er dasselbe Recht habe, sich am Bahnhof aufzuhalten, wie wir? —"

Sie waren am Zuge angelangt. Marie stieg in ein Frauenkupee und reichte dann Haltmann die Hand.

„Leben Sie wohl, lieber Freund!" sagte Marie herzlich. „Alles Gute werde Ihnen zuteil! Schreiben Sie mir so bald als möglich — auf meine Antwort sollen Sie nicht lange zu warten nötig haben!"

Er zog ihre Hand an seine Lippen.

„Auf Wiedersehen, Fräulein Marie, und Ihren Wunsch gebe ich Ihnen zurück: Alles Gute auch für Sie."

Der Schaffner schloß die Wagentüren; ein Pfiff der Lokomotive, dann setzte sich der Zug in Bewegung. Haltmann blieb an der Stelle stehen, wo er stand, und winkte mit der Hand, bis das liebe, stolze Mädchengesicht im Fensterrahmen draußen in der Dunkelheit des Abends verschwunden war. —

Als Haltmann den Bahnhof durch das größte Zugangsportal verlassen hatte, erblickte er plötzlich den Kriminalbeamten neben sich, um den er sich in den letzten Augenblicken nicht mehr gekümmert hatte.

„Ach, ein kurzes Wort, Herr Haltmann!" sagte dieser.

„Was steht zu Diensten?" fragte der Angeredete kurz und gemessen.

„Ich muß Sie," fuhr der Beamte fort, „darauf aufmerksam machen, daß der Aufenthalt im Bereich des Bahnhofes nach unseren Polizeivorschriften Personen von Ihrer Vergangenheit verboten werden kann, sofern sie nicht selbst verreisen wollen."

„Davon weiß ich nichts," entgegnete Haltmann verwirrt.

„Ich wollte Ihnen das nur sagen!"

(Fortsetzung folgt.)

sammenkunft einen politischen Charakter angenommen habe. Es wurde festgestellt, daß 24 junge Leute, Mädchen und Knaben, unter 18 Jahre alt waren. Gegen diese wurde die Anklage wegen Verletzung des Vereinsgesetzes erhoben. Das Jugend-Schöffengericht erkannte jedoch auf Freisprechung, da die Versammlung als politische nicht erachtet werden könne. Die Staatsanwaltschaft legte gegen das freisprechende Urteil Berufung ein, die am Freitag verhandelt wurde. Nachdem mehrere Zeugen vernommen waren, bestritt der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld die Identität des vorgelegten Flugblatts, mit dem zur Versammlung eingeladen worden war, und zwar umsomehr, als ein ähnliches Flugblatt 1891 in London gedruckt worden und es bekannt sei, daß gerade damals von der Berliner politischen Polizei mehrere aufreizende Flugblätter gedruckt worden seien, um sie gegen die Sozialdemokratie zu verwerten. Der Staatsanwalt polemisierte heftig gegen die „sozialdemokratische Jugendbewegung" und behauptete, man habe, um das Gesetz zu umgehen, die Versammlung nicht eröffnet, sondern eine gesellige Unterhaltung veranstaltet. Die Angeklagten hätten sich sämtlich im Sinne der §§ 17, 18 des Vereinsgesetzes vergangen. Sie hätten gewußt, daß es sich um eine sozialdemokratische Versammlung handelt, an der sie nicht teilnehmen durften. Er billige den Angeklagten selbstverständlich mildernde Umstände zu und beantrage gegen jeden Angeklagten 3 Mk. Strafe evtl. einen Tag Haft. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld trat dem Staatsanwalt entgegen und wies besonders darauf hin, daß der Vorsitzende der Vorinstanz, Amtsgerichtsrat Köhn, im ersten Urteil ausdrücklich gesagt habe, die Gerechtigkeit erfordere es, anzuerkennen, daß durch die proletarische Jugendbewegung in erster Reihe eine geistige und sittliche Hebung der Jugend bezweckt wird. Die aufgelöste Versammlung habe keinerlei politischen Charakter gehabt. Laut §§ 17, 18 des Vereinsgesetzes sei eine Versammlung nur dann politisch, wenn sie Einfluß auf Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung auszuüben suche. Das sei jedenfalls durch den Vortrag der alten Gedichte von Freiligrath und Heine nicht geschehen. Es seien ja auch Lieder, wie „Das Wandern ist des Müllers Lust" gesungen worden. Zum mindesten sei nicht nachgewiesen worden, daß die jugendlichen Angeklagten das Bewußtsein der Strafbarkeit gehabt haben. Er beantragte daher Freisprechung. Hierauf fand noch eine Auseinandersetzung zwischen dem Staatsanwalt und dem Gen. Dr. Rosenfeld über die bürgerliche und die proletarische Jugendbewegung statt. Gen. Rosenfeld protestierte ganz entschieden gegen die Behauptung des Staatsanwalts, die proletarische Jugendbewegung verstoße fortgesetzt gegen die Gesetze. Nach längerer Beratung des Gerichtshofes verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmitts, die Verwerfung der Berufung und Freisprechung aller Angeklagten. Der Gerichtshof habe die Überzeugung gewonnen, daß die Sozialdemokratie bemüht ist, die Jugend für ihre politische Parteianschauung zu gewinnen; allein die in Rede stehende Versammlung könnte als politische im Sinne der §§ 17, 18 des Vereinsgesetzes nicht erachtet werden. Es fehlte die Konstituierung; es habe nur eine gesellige Unterhaltung stattgefunden, es wurde musiziert, gesungen und allerdings auch zwei Gedichte von Freiligrath und Heine vorgetragen. Dies könne aber der Versammlung nicht den politischen Charakter geben, deshalb müßten sämtliche Angeklagten freigesprochen und der Staatskasse die Kosten des Verfahrens auferlegt werden. Der Antrag auf Übernahme der Verteidigungskosten auf die Staatskasse lehnte der Gerichtshof ab, da dazu kein Grund vorhanden sei.

Soziales.

Die Invalidenmarken — Deutschlands Untergang. In den letzten Wochen hat in der „Kölnischen Zeitung", in einer ganzen Reihe ähnlicher Organe und auch sonst noch an verschiedenen Stellen wieder einmal der berüchtigte Kampf gegen die sozialpolitischen Lasten der deutschen Industrie getobt. Der bekannte Generalsekretär Steller vom Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln gibt sich jetzt in der „Post" noch einmal besonders Mühe, die entsetzlichen Folgen der sozialpolitischen Lasten nachzuweisen. Wir haben keine Lust, die nun schon seit zwanzig Jahren abgelagerten Hetzereien gegen eine gesunde Sozialpolitik immer wieder durch die Tatsachen abzuführen. Damit trotzdem eine Orientierung über den derzeitigen Stand der Hetze gegen die Sozialversicherung möglich ist, zitieren wir aus dem Artikel Stellers den „roten Faden":

Herr Steller meint:
Wir leiden an Uebermaß sozialer Lasten,
an einer Beeinträchtigung des Pflichtgefühls der Arbeiter,
am Rückgang des Verantwortlichkeitsgefühls der Proleten,
an einer Verringerung der Selbstfürsorge,
am Mangel an der alten deutschen Vasallentreue,
die Arbeitslust hat nachgelassen,
beim Proletenpack ist die Schaffensfreudigkeit verschwunden,
Arbeitstreue gibts nicht mehr,
aber Rentenhysterie und Versicherungspsychose,
die Genußsucht steigt,
die Unbotmäßigkeit wächst
und Haß und Neid wird immer größer.

Ist es wirklich nötig, dem Manne zu sagen, daß er an dem in Unternehmerkreisen zurzeit stark grassierenden sozialpolitischen Verfolgungswahn leidet? Es hat keinen Zweck. Lassen wir diese Sorte Menschen, die darüber jammern, daß der „Mangel an der alten deutschen Vasallentreue auch im Bereiche der Dienstboten" nachgelassen hat, aussterben. Alle Dummheiten verschwinden ja einmal, warum soll es mit dieser nicht so sein, wenn wir ihr heimgeigen?

Nach den Einöden Sibiriens.

Von einem Verbannten.*)

Anfang Mai dieses Jahres (1912) habe ich in einem der zentralrussischen Zuchthäuser meine Zwangsarbeit beendigt und mußte nun zu lebenslänglicher Ansiedelung nach Sibirien. Die Reise sollte drei Monate dauern, man hatte mich aber bis auf den letzten Tag im Zuchthause aufgehalten und als Vergünstigung für diesen Zeitverlust durfte ich (schon nicht mehr Sträfling, sondern Deportierter) ohne Fußschellen reisen.

Nicht zum ersten Male verließ ich das Gefängnis, aber welch ein Unterschied zwischen früher und jetzt! Damals, nach verhältnismäßig nicht langer Haft, verließ ich das Gefängnis in menschlicher Kleidung und entweder ging ich ganz frei von der Pforte, wohin ich wollte, oder doch mit dem Wolfspaß in der Tasche, aber auf eigene Kosten und ohne Begleiter, nach den entlegenen Gegenden des europäischen Rußlands, um dort ein paar Jahre unter Polizeiaufsicht zu verbringen. Jetzt nach langen Jahren schwerer Katorga, körperlich erschöpft, aller zivilen Rechte für immer beraubt, mußte ich noch den „großen Weg" nach Ost-Sibirien machen, um dort in eine öde Gegend geworfen zu werden, ohne Mittel, ohne jede Unterstützung.

Für mich hieß es nun: lebe wie du willst und wovon du willst; wenn du aber fliehst und gefangen wirst, so kommst du wieder in die Zwangsarbeit.

Und doch, wie hoch schlug das Herz, wie unendlich glücklich war ich, als ich in Begleitung zweier Soldaten den Weg vom Zuchthaus zum Etappengefängnis machte!

O, dieser „große Weg" von Moskau bis zum Bajkal-See und weiter! Wie oft ist er schon in Volksliedern besungen worden, wieviel Blut und Tränen sind schon auf ihm geflossen, und wie lange wird das noch dauern! Wohl ist, seit die Eisenbahn nach Sibirien führt, ein bedeutender Teil dieses Weges weniger qualvoll geworden, aber immer noch ist er schwer genug, und die Hunderte und Tausende von Kilometern, die seitwärts von der Eisenbahn zu machen sind, sind noch dieselben geblieben.

Von einem Etappengefängnis zum andern, in jeder größeren Provinzstadt, mit Unterbrechungen auf Tage oder Wochen, werden die nach Sibirien bestimmten Verbannten allmählich zum Schienenwege Moskau-Irkutsk zusammengezogen und der allwöchentlich von Moskau abgehenden 200 bis 500 Mann starken sibirischen „Partei" zugesellt.

Im Etappengefängnis kommen alle möglichen Elemente zusammen, langjährige Gefängnisbewohner und Untersuchungsgefangene, die nach ihrem Bestimmungsorte gehen und erst seit kurzem verhaftet sind. Neben dem Abschaum der Gesellschaft, professionellen Dieben und Zuhältern, wir politischen Verbrecher, ferner die Masse gewöhnlicher russischer Bürgersleute, die bei einer Reise in die Nachbarstadt bloß vergessen hatten, ihren Paß mitzunehmen und deshalb mittels Schubs nach Hause geschafft werden. Mir glückte es gleich in einem der ersten Etappengefängnisse, einen alten Genossen, Abgeordneten der Duma, zu treffen, der auch seine Zwangsarbeit absolviert hatte. Er hatte in einem leichteren Gefängnis gesessen als ich, und konnte mir daher vieles erzählen. Auch manchen anderen Genossen traf ich unterwegs, mußte aber auch von manchem die traurige Mär hören: „Im Gefängnis verstorben!" oder gar „Verräter geworden!"

Je weiter es nach Osten geht, desto größer wird unsere Abteilung. Ein originelles Bild stellen wir dar, wenn wir durch eine Stadt marschieren. An beiden Seiten gehen die Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett auf dem scharf geladenen Gewehr und in der Mitte wir, die nach Hunderten zählende graue Masse: alles grau, der lange Chalat (Schlafrock) aus grobem Tuch, ebensolches Beinkleid, ein Hemd aus grobem Linnen, die graue Mütze und die schwere Beschuhung, „Kater" genannt. Das ist unser Anzug. Die Ketten klirren so, daß sie den Straßenlärm ganz übertönen. Alle bleiben stehen und sehen uns nach. Kein Erschrecken! O nein! Man weiß nur zu gut in Rußland, daß diese Kleidung nichts beweist, und daß nur zu viele, die sie tragen, keine gemeinen Verbrecher sind. Im Gegenteil, in manchem Auge stehen Tränen und mancher Seufzer wird uns nachgeschickt.

Den Eisenbahnzug, der unsere Abteilung von Stadt zu Stadt bringt, führt ein Unteroffizier der speziellen Etappen-Truppen. Es kommt aber auch vor, daß ein Offizier mitfährt. Es ist schwer, zu sagen, was besser ist. Wenn ein Offizier im Zuge ist, so wird man mehr schikaniert mit all den unsinnigen Vorschriften der Statuten: so und nicht so sitzen oder liegen, dann und dann schlafen, nicht zum Fenster hinaussehen, nicht rauchen, nicht sprechen usw. Aber dafür besaufen sich die Soldaten nicht, und man riskiert nicht, Kolbenhiebe zu bekommen, unflätige Worte zu hören und widerliche Vorgänge zwischen den Soldaten und den kriminellen Weibern beobachten zu müssen.

Das Schlimmste aber ist der Hunger unterwegs. Beköstigung bekamen wir unterwegs nicht, sondern täglich 10 Kopeken (20 Pfg.) ausbezahlt, für die uns die Soldaten auf den Bahnhöfen kauften, was wir wollten. Aber was kann man bei den sibirischen Preisen für 20 Pfennig „wollen?" Schwarzbrot und Wasser. Das ist allbekannt und daher ist es seit aller Zeit üblich, in Rußland den „unglücklichen Grauröcken" Almosen zu geben. Erst seit 1905 ist es verboten worden, weil Versuche gemacht worden sind, Verbannten Schlaftränke, Gift usw. zu übergeben. Aber in Sibirien hält man sich nicht besonders an die neue Verordnungen und während der Weiterreise habe ich mehrmals, besonders von Frauen und Mütterchen, bald ein Brot, oder ein paar Eier, oder auch eine Kupfermünze als Almosen erhalten und dankbar angenommen.

Das Etappengefängnis in Irkutsk in Sibirien ist ein Fegefeure für die Deportation. Hier erwarteten sie die Bestimmung des Generalgouverneurs, was für ein Dorf und welcher Kreis jedem von ihnen zum Wohnorte bestimmt sei. Das dauert 2 bis 8 Wochen. Die kriminellen Verbrecher sowie die politischen Frauen kommen verhältnismäßig bald fort nach den der Eisenbahn nahe gelegenen Kreisen. Die politischen Männer aber, sowie überhaupt alle im asiatischen Rußland Abgeurteilten müssen einen weit längeren Weg machen, nämlich zur Lena, dem großen sibirischen Flusse. Diesen Weg habe also auch ich machen müssen.

Allwöchentlich werden diejenigen von uns, die schon ihre Bestimmung an die Lena erhalten haben, nach dem Gefängnis in Alexandrowsk geschickt. In zwei Tagen sind 80 Kilometer zu Fuß zu machen. Für Leute, die durch lange Gefängnisjahre geschwächt sind, eine harte Aufgabe, besonders bei dem entsetzlichen Schuhwerk, das schon in den ersten Stunden die Füße wund und blutig reibt. Und Marode „darf" es nicht geben. Für offiziell als krank erkannte Verbannte werden ein Paar Fuhren gegeben.

Von Alexandrowsk weiter nach der Lena gehen jährlich bloß drei Transporte in den drei Sommermonaten; wer im Herbst oder Winter in Alexandrowsk anlangt, muß dort bis zum Frühling hinter dem Gitter sitzen. Eine besondere Vergünstigung ist es, wenn man für den Winter einen zeitweiligen Wohnungsort erhält, um dann im Sommer weiterzureisen. Ich war glücklich im Juni angelangt und konnte daher mit der Juli-Abteilung ausrücken.

Aus was für Leuten bestand diese Lena-Abteilung? Eine Enquete, die wir politischen unterwegs selbst unter uns veranstaltetet haben, gibt Antwort auf diese Frage, und diejenigen Angaben, die auch die deutschen Leser interessieren können, werde ich hier aufführen. Vorausgeschickt sei, daß solche Enqueten überhaupt üblich sind, und daß beim Vergleich der unsrigen mit den früheren es sich zeigte, daß die Zusammensetzung unserer Abteilung für die gegenwärtige politische Deportation durchaus charakteristisch und typisch war.

Zu bemerken ist noch, daß einige von uns auf diese oder jene Frage die Antwort verweigerten, weshalb auch die Summe der Antworten nicht immer gleich ist.

Im ganzen waren in der Abteilung 327 Gefangene, 60 Soldaten und 1 Offizier. Davon waren Politische: Männer 184, Frauen 1, Familienmitglieder (also ihren Männern und Vätern freiwillig folgende Frauen und Kinder) 4; Kriminelle: Männer 107, Familienmitglieder 31; zusammen 327. — Nach ihrem politischen Parteistandpunkte waren 58 Sozialdemokraten, 47 Sozialrevolutionäre, 23 Polnische sozialistische Partei, 21 Wilde (Unparteiische), 12 Anarchisten, 2 vom Polnischen Nationalen Arbeiter-Bund, 2 Maximalisten, 2 unbekannter Parteistellung.

Nationalitäten waren 11 unter uns vertreten, darunter 3 Deutsche, 20 Juden und 37 Polen.

Was den Familienstand anbetrifft, so hatten wir in unserer Mitte nur 39 Verheiratete.

Die Zahl der direkt zur Ansiedlung in Sibiren Verurteilten und der, die erst Zwangsarbeiten beendigen mußten, war fast gleich, wie folgende Zahlen zeigen: Zwangsarbeiten beendigt 82, direkt zur Ansiedlung 79, administrativ deportiert 4, Besserungsanstalt 2, andere 18.

Und keineswegs waren es bloß die Kriegsgerichte, die so gewütet haben, wie man oft im Auslande annimmt, denn von uns waren gerichtet von: Appellationshöfen 70, Kriegsgerichten 78, Kreisgerichten 2, Senat 1, durch Administrativ-Order 4, auf nicht ermittelte Weise 30.

Das mittlere Alter der Genossen war etwa 25 Jahre.

Die bei weitem meisten von uns waren in den Strom des politischen Lebens erst durch die große Flut der Revolutionsjahre hineingezogen worden. Ihre politische Tätigkeit hatten nämlich begonnen: 1880—1890 2 Mann, 1890—1900 7 Mann, 1900—1903 14 Mann, 1904—1907 86 Mann, 1908—1911 13 Mann, unermittelt 63.

Was haben wir verbrochen? Wofür hatten wir Ketten geschleppt, Zwangsarbeit verrichtet und mußten nun in die Einöden Sibiriens? Unter uns war kein einziger Attentäter. Die sind alle, soweit sie nicht hingerichtet worden sind, noch in der Zwangsarbeit. Es war keiner unter uns, der sich an fremdem Leben oder Eigentum vergriffen hätte. Nach den Funktionen, die wir im Parteileben ausfüllten, teilten wir uns so ein: Agitatoren auf Massenversammlungen 13 Mann, Propagandisten in engeren Kreisen 28 Mann, organisatorische Funktionen in der Partei 32 Mann, Techniker (Druckerei, Kolportage, Schmuggel) 26, obengenanntes alles zusammen 89 Mann. Und die übrigen waren bloß beschuldigt, mit politisch kompromittierten Leuten bekannt, auf einer Versammlung anwesend gewesen zu sein usw.

Was unsere soziale Lebensstellung und unseren Beruf betrifft, so bestand die Hälfte von uns aus Vertretern der schweren körperlichen Arbeit, etwas über ein Viertel bestand aus Vertretern des gebildeten Proletariats, und der Rest kam auf die mittleren Gesellschaftsschichten. Es gab unter uns: 79 Fabrikarbeiter, 2 selbständige Handwerker, 7 Bauern, drei Seeleute, zusammen 49,18 Prozent; liberale Professionen, Beamte usw. 31, Studierende 21, zusammen 28 Prozent; Handelsgehilfen, Kontoristen 8, unbestimmte Professionen 18, unbekannten Berufs 61.

Aus der Statistik der in Gefängnissen verbrachten Jahre sei hier bloß erwähnt, daß wir in unserer Mitte Genossen hatten, die schon sechs- bis zehnmal im Gefängnis gesessen hatten. Die bei weitem meisten hatten alles in allem 4 bis 6 Jahre hinter dem Gitter gesessen, einzelne konnten aber auch von 10 und 12 Jahren erzählen.

Schon ein oberflächlicher Blick auf die Zahlen zeigt vor allem eins: daß die Zeiten, wo die russische Freiheitsbewegung eine Sache des Mittelstandes und ein Werk größerer und kleinerer Verschwörerkreise war, längst vergangen sind. Breite proletarische Massen sind nun in den Vordergrund getreten und tragen auf eigenen Schultern die Last und die Opfer im Kampfe um eine bessere Zukunft.

*) Der Autor, ein russischer Genosse, wurde 1906 bei einer der Massenverhaftungen arretiert. Auf Grund einiger Notizen in seinem Taschenbuche wurde er der Angehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei angeklagt und nach zwei Jahren Untersuchungshaft zu vier Jahren Zwangsarbeit (Katorga) und lebenslänglicher Niederlassung in Nord-Sibirien verurteilt. 1912 mußte er dorthin aufbrechen. Seine Schilderung führt uns also in die Gegenwart.

Aus Nah und Fern.

Ein scharfer Schuß beim Manöver. Die „Köln. Ztg." meldet aus Stettin: Bei einer Truppenübung des Infanterieregiments Nr. 54 zwischen Belgard und Kolberg wurde ein scharfer Schuß abgegeben, der nahe an dem Obersten Westphal vorbei pfiff. Der Schütze konnte noch nicht ermittelt werden, jedoch die Kompagnie, aus deren Mitte der Schuß gefallen war.

Die Tat des Massenmörders. Wie aus Angaben in Schriftstücken Wagners hervorgeht, hat er seine schreckliche Tat begangen, um sich dafür zu rächen, daß er seine Frau wegen der Folgen eines Liebesverhältnisses heiraten mußte. In seinem Schriftstück und drei Briefen, von denen er zwei in Groß-Sachsenheim zur Post gab, hat er seine Untat planmäßig ausgearbeitet und vollständig logisch geschildert. Er fuhr nach Ansicht der Gerichtskommission nach Bietigheim und von hier mit dem Rade nach Mühlhausen. Unterwegs gab er die zwei Briefe in Groß-Sachsenheim auf, deren Inhalt sich vollständig mit dem dritten, den die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte, deckt. In dem beschlagnahmten Briefe gibt Wagner an, daß er die Tat schon vor sechs Jahren geplant habe und sie endlich zur Ausführung bringe. Aus der Schreibweise des Briefes geht die ruhige und planmäßige Ueberlegung Wagners hervor. Wagner stellte sich längere Zeit tot; erst als er unter der Obhut eines Gendarmen im Armenhause lag, gab er seine Verstellung auf. Er ließ die Aeußerung fallen, daß es ihm nicht mehr gereicht habe, sich selbst eine Kugel beizubringen.

Bei der Vernehmung des Mörders Wagner gab dieser, wie der „Schwäbische Merkur" berichtet, an, er habe die Welt durch seine Schreckenstat in Entsetzen bringen wollen. Er erklärte weiter, er habe schon vor Jahren schwere Delikte sexueller Natur verübt, der Gedanke an diese habe sich durch die Länge der Zeit nicht abgeschwächt, sondern noch verstärkt. Aus Anspielungen von Personen, mit denen er verkehrte, habe er geschlossen, daß sie Kenntnis von diesen Delikten hätten, so habe er sich entschlossen, aus dem Leben zu scheiden. Auf die Frage, warum er die Tat von Mühlhausen begangen habe, gab Wagner an, er habe wohl gegen die einzelnen Menschen nichts gehabt, aber weil Mühlhausen die Stadt seiner sexuellen Verirrungen gewesen, habe er sich an der ganzen Gemeinde rächen wollen. Er habe die Absicht gehabt, sich nach der Tat selbst zu erschießen. Bei der ganzen Vernehmung zeigte Wagner volle Denkfähigkeit, formvollendete Ausdrucksweise und große geistige Energie.

Ein Brief des Mörders an die Lehrerschaft, der in einem Privattelegramm aus Stuttgart gemeldet wird, wirft sonderbare Schlaglichter auf den Geisteszustand Wagners. Der Inhalt des Briefes lautet ungefähr folgendermaßen: „Schon wieder einer und erst was für einer! Man sollte es nicht für möglich halten. Ja, meine lieben Kollegen, es ist sogar wahr, ich bedaure aufrichtig, wenn auch nur der letzte von Euch Schaden erleiden sollte. Ich hoffe zuversichtlich, die Leute werden so gescheit sein, die Schuld eines einzelnen nicht dem ganzen Stand entgelten zu lassen. Der Oberschulrat wird mir mein Entlassungsgesuch gern bewilligen. Erspart Euch alle Entrüstung, zeigt vielmehr ehrliche Schadenfreude. Eure Tränen kann ich ablehnen wie der Heiland, denn ich bin erlöst, Ihr aber müßt fortfahren, Eure Dummköpfe, Rüpel und Schmutzfinken zu schulen. Der Trost, den ich Euch hinterlasse, ist der Unteroffizierschulmeister. Zum Zeichen, daß ich angesichts des Todes auch Eurer gedacht, grüßt zum letzten Mal der Schulmeister Ernst Wagner."

Der Mörder hat bei seiner Vernehmung in Vaihingen weiter eingestanden, daß er die Absicht hatte, auch die Familie seines in einem Orte bei Ludwigstadt lebenden Bruders zu ermorden, wenn es ihm gelungen wäre, unerkannt zu entkommen. Weiter gab er an, daß er den ganzen Ort habe vernichten wollen. Zu diesem Zweck habe

er vor der Brandlegung die Telegraphendrähte zerstören wollen, damit keine Meldung nach außen dringen und Hilfe herbeigerufen werden könne. Tatsächlich hatte der Mörder sich mit Bohrern und Eisenklammern versehen. Auf den Vorhalt, weshalb er an einem unschuldigen Orte Rache nehmen wollte, die sich doch nur gegen einzelne Personen habe richten können, erklärte Wagner: Wenn Sie sich an einem Stein stoßen, dann ärgern Sie sich über den Stein und beseitigen ihn. Auf die Frage, ob er keine Reue fühle, erklärte er, über den Begriff Reue könne man verschiedener Meinung sein. Er meinte, jetzt würde er die Tat wohl kaum noch einmal begehen, denn sie habe ja doch keinen Wert; wenn die Leute schon nicht sterben wollten, dann sollten sie eben in ihren ärmlichen Verhältnissen weiter leben.

Aus Mühlhausen wird gemeldet: Die gestrige Beerdigung von neun Opfern des Mörders Wagner hatte große Menschenscharen nach dem kleinen Dörfchen gezogen. Um 2 Uhr setzte sich der Trauerzug vom Rathause in Bewegung. Voran marschierten Krieger- und Gesangvereine. Die Schulkinder trugen Blumen in den Händen als letzten Abschiedsgruß für ihre Mitschülerin, die 12jährige Marte Bader. Auf dem Friedhof war ein sieben Meter langes Massengrab ausgeworfen worden, das zur Aufnahme der neun Opfer bestimmt war und das morgen eine Vergrößerung erfahren wird, um auch die fünf Opfer aus der Familie des Mörders aufzunehmen.

Ueber die Lebensweise des Massenmörders Wagner wird mitgeteilt: Wagner verpraßte den Hauptteil seines Einkommens in den schmutzigsten Spelunken und feierte in öffentlichen Häusern wahre Orgien, verstand es aber stets, vor der Oeffentlichkeit sein Familienleben als harmonisch hinzustellen. In seinen Schriftstücken gab er noch an, daß er seine Angehörigen zuerst mit Pulver betäubt und ihnen dann die Kehlen durchschnitten habe. Die Aerzte hoffen, die Schwerverletzten am Leben erhalten zu können.

Eine schwierige Aufgabe hat das Landgericht Zittau dem Staatsanwalt aufgegeben. Er soll beweisen, daß die freie Turnerschaft eine politische Organisation ist. Anlaß zu dieser Aufgabe gab folgender Vorgang: In Reichenau wurden eine Anzahl Fortbildungsschüler mit Strafmandaten über je 3 Mk. bedacht, weil sie an den Turnstunden der freien Turnerschaft teilgenommen hatten. Auf Einspruch gegen diese Strafmandate hob das Schöffengericht die Strafe auf; es sprach im Urteil aus, daß sich auf Grund des Reichsvereinsgesetzes solche Strafverfügungen nicht rechtfertigen ließen und daß kein Anhalt gegeben sei, für die politische Betätigung der Turnerschaft. Der Staatsanwalt legte Berufung ein, und so kam die Sache vor das Landgericht, das die Verhandlung vertagte und den Staatsanwalt beauftragte, Beweise für den politischen Charakter der freien Turnerschaft beizubringen. — Der Staatsanwalt wird lange suchen können, bis er solche Beweise findet.

Der Gebärstreik in Theorie und Praxis. Genosse Kilian, Redakteur am „Kasseler Volksblatt", schildert dort in humoristischer Weise ein Erlebnis aus seiner Solinger Redaktionstätigkeit. Diese Schilderung wird auch bei unseren Lesern — wie bei uns — große Heiterkeit auslösen: Es war zu jener Zeit, als der Münchener Parteiverlag die seinerzeit viel gekaufte Schrift des Züricher Arztes Brupbacher herausbrachte: „Kindersegen — und kein Ende?" Meine beiden Kollegen hatten zur Sicherung ihrer „Dynastie" das möglichste geleistet: der eine hatte fünfe, „wie die Orgelpfeifen", der andere war trotz erst vierjährigen Ehestandes glücklicher Vater von drei munteren Mädchen Hamburger Schlages. Da der mit Kindern am reichsten gesegnete „Politische" gerade eine mehrmonatige unfreiwillige Enthaltsamkeitskur im Elberfelder Gefängnis — Schloß Bendahl" nennt man's — wegen Preßbeleidigung abzumachen hatte, fiel das Rezensionsexemplar der Schrift Brupbachers dem Lokalredakteur B. in die Hände. Der war von ihr geradezu begeistert. Am nächsten Tage schon wurde das Ereignis in einem schwungvollen Leitartikel gefeiert, der fast die ganze erste Seite der „Arbeiterstimme" einnahm. Damit nicht genug, wurden einige Tage später noch einige längere Abschnitte aus der Schrift als Feuilleton wiedergegeben. Infolge dieser warmen, nachdrücklichen Empfehlung fand das Büchlein reißenden Absatz. Wenn eine Sendung aus München via Leipzig eintraf, wurde der Buchladen der „Arbeiterstimme" stets gestürmt von kauflustigen Männlein und Weiblein, verheirateten und ledigen. Ob nun die Lektüre der Schrift mit ihrer energischen Empfehlung des zuverlässigen Präventivverkehrs in Solingen auch praktische Erfolge gezeitigt hat, also einen Rückgang der Geburten ergab, das entzieht sich meiner Kenntnis. Aber das eine weiß ich genau: mein Kollege, der begeisterte Preisredner Brupbachers, hat die Konsequenzen aus dessen Schrift nicht ziehen können. Seine oder seines Weibes Natur waren stärker als die schriftstellerische Begabung! Es waren reichlich neun Monate vergangen, als ich eines Morgens plötzlich ganz allein in der Redaktion saß. Den wichtigen Grund des Fernbleibens meines Kollegen sollte ich bald gewahr werden, als mir ein Bote von ihm folgendes Billett auf den Arbeitstisch legte:

Lieber Genosse! Sie werden mein plötzliches Fernbleiben entschuldigen müssen. Ich habe die ganze Nacht der Hebamme Hilfe geleistet. Unser Viertes, nach System Brupbacher entstanden, ist früher gekommen, als ich glaubte! Leider ist's wieder vom langhaarigen Geschlecht. Gruß!

Als wir unseren Kollegen anderen Tages zum Familienzuwachs gratulierten und dabei ein vielsagendes Lächeln nicht unterdrücken konnten, lächelte der glückliche Vater der vier Mädchen mit und meinte schließlich resigniert: „Das habe ich erfahren, theoretisch, in Leitartikeln und Feuilletons, ist die Enthaltsamkeit und die Einschränkung des Kindersegens doch leichter durchzuführen als in der Praxis. Der Brupbacher kann mir gestohlen bleiben mit seinen guten Ratschlägen!"

Gottergebene Gemütsathleten. Im frumben Regensburg wurde wegen Raubmordes ein Tapezierer Karl ins Gefängnis abgeführt, dessen Eltern, äußerst kirchlich gesinnte Leute, einen Produktenhandel betreiben. Einige Tage nach der Verhaftung ihres verbrecherischen Sohnes veröffentlichten die biederen Leute eine Danksagung folgenden Inhalts:

Danksagung.

Da es uns unmöglich ist, die uns persönlich oder brieflich aus Anlaß unseres Schicksalsschlages erwiesenen Beileidsbezeugungen zu danken, fühlen wir uns verpflichtet, auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank auszusprechen. Ganz besonderen Dank aber unseren lieben Hausbewohnern, werten Kundschaften und Nachbarschaft. Möge sie der allmächtige Gott vor so schwerem Schicksal verschont lassen. Wir bitten die uns noch fernstehende Nachbarschaft, daß sie unsere Kunden werden mögen.

J. und M. Karl, Produktengeschäft.

Wer wird nicht eilen, seine Lumpen in Zukunft frommen Leuten zuzuwenden, bei denen auch der schwerste Schicksalsschlag nur den Geschäftssinn befruchtet!

Der irrsinnige „Attentäter". Die reaktionäre Presse ist um einen Agitationsstoff gebracht worden. Bekanntlich hat am 4. d. J. ein gewisser Jung (Tapezier) in Mannheim auf den Großherzog einen Attentatversuch unternommen. Damals versuchte die reaktionäre und vor allem auch die Zentrumspresse, diesen Vorfall als die Folge sozialdemokratischer Verhetzung hinzustellen, obwohl sofort festgestellt worden war, daß der Attentäter ein dem Trunke ergebener Mensch ist. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft in Mannheim Jung außer Verfolgung gesetzt, da die ärztlichen Beobachtungen mit dem Ergebnis abschlossen, daß Jung für seine Handlungen nicht verantwortlich gemacht werden kann. Er wurde als vorerst unheilbar in die Irrenanstalt Wiesbach eingewiesen. Mit diesem Abschluß sind der Reaktion alle Felle weggeschwommen. Das Zentrum in Baden hoffte angesichts der bevorstehenden Landtagswahl noch immer auf einen Prozeß, aus dem es Stoff zur Hetze gegen die Sozialdemokratie ziehen wollte.

Ein Soldat bei einer Übung ertrunken. Bei einem Übergang über den Rhein bei Gernsheim ertrank ein Soldat aus Auerbach vom Dragonerregiment Nr. 23. Die Eskadron wurde in Kähnen über den Rhein gebracht, während die Pferde an der Leine nebenher schwammen. Der Dragoner hatte ein widerspenstiges Pferd zu führen und wurde von diesem ins Wasser gezogen, wobei er ertrank.

Das deutsche Großmaul im Auslande. Am Freitag nachmittag saßen verschiedene Deutsche in einem Cafe in Nancy. Ein in der Gesellschaft befindlicher deutscher Matrose, der angetrunken war, rief in schlechtem Französisch: Es müßten vier Franzosen auf einen Deutschen kommen, er werde sie alle auffressen. Daraufhin wurden die Deutschen an die Luft gesetzt. Verschiedene französische Blätter versuchen, den Vorfall aufzubauschen, während andere die Meinung vertreten, daß es sich hier lediglich um alberne Redensarten eines betrunkenen Maulhelden handele.

Um die Freiheit. Drei Männer, die am Freitag nacht in ein Kolonialwarengeschäft in der Nähe der Berliner Hasenheide eingebrochen waren, wurden überrascht und flüchteten. Nach stundenlangem Suchen wurde der eine Einbrecher morgens auf einem Hausboden festgenommen; ein zweiter Einbrecher wurde in einem Nachbarhause ermittelt. Er schoß fliehend zweimal, ohne zu treffen. Er bedrohte den ihm entgegentretenden Schutzmann mit einer Pistole und einem Messer. Der Beamte verwundete ihn durch einen Schuß in den rechten Oberschenkel. Der Einbrecher flüchtete trotzdem in das gegenüberliegende Haus und bedrohte den Schutzmann neuerdings. Dieser gab einen zweiten Schuß ab, der den Mann in den linken Fuß traf. Erst jetzt konnte er festgenommen werden. Der erste Einbrecher will aus Neuenburg im Kreise Parchim stammen, der zweite verweigert die Auskunft über seine Persönlichkeit, scheint aber ein Ausländer zu sein. Der dritte Komplice ist entkommen.

Zuverlässigkeit russischer Beamten. Ein Beamter des Kameralhofes in Minsk kaufte in diesen Tagen in einem Laden ein Weißbrot und bemerkte dabei, daß das Papier, worin das Brot eingewickelt war, ein unterschriebenes Aktenstück des Kameralhofes war, das an seinen Bestimmungsort nicht abgesandt war. Der Beamte veranlaßte eine Revision des Ladens und es wurde dabei ein großes Paket wichtiger Dokumente konfisziert, die als Makulatur verkauft waren. Die Untersuchung ergab, daß ein Schreiber, der beobachtet hatte, wie liederlich die Beamten des Kameralhofes mit Aktenstücken umgingen, systematisch verschiedene Dokumente, darunter oftmals auch die laufende Korrespondenz, als Packpapier verkaufte, um sich so einen „ehrlichen Nebenverdienst" zu verschaffen. — Nach der ersten russischen allgemeinen Volkszählung im Jahre 1896 verschwand auf dieselbe Weise ein großer Teil der ausgefüllten Formulare; ein anderer Teil wurde von Mäusen zerfressen, und die Ergebnisse der Volkszählung konnten nur bruchweise veröffentlicht werden. Wie die zentrale Regierung, so die örtlichen Beamten!

Schweres Explosionsunglück. Bei einem Feuerwerker in Aubervillers ist eine heftige Explosion erfolgt, bei der fünf Personen getötet und zehn verletzt worden sind.

Gerüsteinsturz in Prag. Bei einem Neubau auf dem Wenzelplatze in Prag stürzte am Sonnabend ein hohes Gerüst ein und begrub sechs Arbeiter unter sich. Hierbei wurde einer getötet, während die anderen schwerverletzt aus den Trümmern hervorgezogen wurden.

Ein politisches Attentat in Tokio. Der Direktor des politischen Bureaus im Ministerium des Äußern, Abe, wurde durch Dolchstiche schwer verletzt. Es scheint sich entweder um eine Bewegung gegen das Ministerium im Zusammenhang mit den Vorfällen in Nanking, oder aber um eine Verwechslung Abes mit Sunjatsen, dem Abe ähnlich sieht, zu handeln.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in Indien. Bei einer Ueberfahrt über den Nebenfluß des Baas sind im Distrikte Hoshiarpur **150 Personen,** Männer, Frauen und Kinder, **ertrunken.** Die Leute wollten auf einer Fähre zu einem Kirmißfeste in das benachbarte Dorf, als die Fähre von einer Stromschnelle zum Kentern gebracht wurde. Bisher sind erst einige Leichen geborgen.

Riesenbrand in Amerika. Aus Hot Springs im Staate Arcansas kommt die Meldung von einer furchtbaren Brandkatastrophe, die die Stadt heimgesucht hat. Das Feuer, von dem in der Nacht herrschenden Sturm angefacht, zerstörte in kurzer Zeit dreißig Straßen und vernichtete den ganzen dazwischen liegenden Häuserblock. In der Hauptsache sind große Hotels, und die Villen von Millionären, die in dem vornehmen Viertel wohnen, ein Opfer der Flammen geworden. Die Feuerwehr war dem wütenden Element gegenüber vollständig machtlos. Sofort regte sich auch die Plünderungslust von allerlei Diebesgesindel, das in die Häuser eindrang und sie teilweise ausraubte. Die Polizei war den Räubern gegenüber machtlos, bis das Standrecht über die Stadt erklärt wurde. Der Brand wütet weiter. Etwa 2000 durch die Katastrophe obdachlos Gewordene sind gezwungen unter freiem Himmel zu kampieren und leiden sehr unter der mangelhaften Zufuhr von Nahrungsmitteln. Da das Feuer auch das elektrische Kraftwerk zerstört hat, ist die Stadt vollständig in Dunkel gehüllt. Hilfszüge mit Ärzten und Proviant sind sofort an die Stätte der Katastrophe geeilt.

Unwetterkatastrophe in Indien. Infolge eines plötzlichen Wolkenbruchs ertranken 150 Männer, Frauen und Kinder, welche einen Nebenfluß des Beas in der Gegend von Hoshiarpur überschreiten wollten. Nur wenige Leichen wurden geborgen.

Allerlei Wissenswertes.

Wer **Breitlauch** (Porree) im Garten baut, sucht recht lange, zartgebleichte Stangen zu gewinnen. Dafür müssen die Pflanzen in ein möglichst tiefes Loch gepflanzt werden, so tief, daß vom längsten Blatt noch eben die Spitze herauskommt. Die Erde wird nicht angedrückt, das Loch bleibt offen, es wird nur mit der Gießkanne vorsichtig in jedes Loch etwas Wasser gegossen, aber so, daß nicht zuviel Boden mit hinunter schwemmt. Beim Pflanzen sträuben sich die Wurzeln und wollen zuerst nicht in das Loch; das schadet nichts, das Wasser drückt die Wurzeln nach unten, und die Pflanzen wachsen kräftig, es gibt Riesenstangen, lang und dick. (Praktischer Ratgeber im Obst- und Gartenbau in Frankfurt a. O.)

Literarisches.

Von der **„Neuen Zeit"** ist soeben das 49. Heft des 31. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Katholikentag. Von August Erdmann. — Miliz und stehendes Heer. Von Fr. Mehring. IV.

Die neueste Nummer des **„Wahren Jakob"** präsentiert sich als eine sorgfältig ausgestattete Bebel-Gedenknummer. Das Titelbild ist ein prächtiger Kopf August Bebels, so wie er in der Erinnerung aller, die ihn als begeisterten und begeisternden Agitator kannten, fortleben wird, nicht als Leidender, sondern als Kämpfer, gemalt von Hans G. Jentzsch in München. Ein schwungvolles größeres Gedicht „Auf Bebels Sarg" hat Ernst Klaar beigesteuert, und aus der Feder Eduard Bernsteins stammt die von freundschaftlicher Wärme erfüllte Abhandlung, in der August Bebels Leben und seine Bedeutung behandelt werden. Auch das Gedicht „Zum Parteitag" würdigt den Verlust, den die Partei durch den Tod ihres Führers erlitten hat. Aus dem übrigen Inhalt der Nummer heben wir noch die folgenden Beiträge hervor: Bilder: Das Gespenst am Rhein. — Der neue deutsche Generalfeldmarschall. — Der Kornwalzer. Von Erich Schilling. — Im Kampf gegen das sündige Fleisch. — Wahlrechtssturm. Von W. Steinert. — In Jena. Von Emil Erk. — Nationale Politik. — Ein Freund der Wahrheit. — Text: Jena. — Der neue Kommis. Von Phili. — Lieber Jakob! Von Jotthilf Nauke. — Deutsche Justiz. Von Johannes. — Neue Denkmäler. Von Arminius. — Balkanfriede. Von Nepomuk. — Das „einfache Arbeitsleben". — Vivant sequentes. Von F. Madlinger. — Werte Redakschon! Von Claus Swartmuul. — Der Gefräßige. Von P. E. — De Fensterschdeier. — Usw. usw. — Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pfg. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

„Der Naturarzt", 41. Jahrg., Nr. 9 (Auflage 161 000). Red.: Dr. med Schönenberger u. Oskar Mummert, Exped.: Berlin SW. 11. Preis jährl. 3 Mk. Probenummer frei. — Aus dem Inhalt: Dr. Chr. O. Thomsen: Die Adverkalkung. — Dr. W. Henze: Die Leibbrüche und ihre Heilung ohne Operation. — Dr. Kunert: Ein gutes Schwarzbrot — ein Haupterfordernis einer guten Ernährung. — Oskar Mummert: Ein empörender Angriff unserer Gegner auf die Volksgesundheit. — Die Sojabohne. — Prof. Messchaert: Natürliches Singen. — Sozial-Hygienisches: „Das alte Lied vom Hemd". — Aus der Sammelmappe: Gegen das Milchtrinken der Schulkinder. — Der Rückgang der Volksernährung. — Diphtherie und Ernährung. — Ueber die frühere Diphtheriebehandlung. — Der aufrechte Gang des Menschen. — Aus der Zeit. — Humoristische Ecke. — Beilagen: Für unsere Frauen und Mütter: Dr. Max Blitstein: Aus der Praxis (Blasengeschwulst). — Johanne Clar: Einige Pilzgerichte. — Einige Gebote zur Herstellung von Dunstfrüchten. — Für unsere Jugend: G. Martin Zschommler: Warum denn kauen. — Kuno v. d. Schalk: Ein Wikinger. — Oskar Mummert: Gründet Wandergruppen. — Trost- und Frageecke.

Soll mein Sohn Lehrer werden? Von Peter Schmittler. Heft 4 der Süddeutschen Volksbücher. Preis 40 Pfg. Verlag von G. Birk u. Co. G. m. b. H., München. Ohne Schulreform keine Sozialreform! Von diesem Gesichtspunkte ausgehend übt der mit dem Mißstand unseres Schulwesens schon lange kämpfende Verfasser eine scharfe aber nur zu berechtigte Kritik besonders an unserer sogenannten humanistischen Schule. Eltern, Lehrer, Schulbehörden und ganz besonders unseren Parlamentariern wird hier in zusammenfassender, knapper Darstellung wohl die volkstümlichste und billigste Schulreform-Schrift geboten. Sie ist zugleich ein lauter Protest gegen das pädagogische Flickwerk, mit dem unserem veralteten Schulwesen nicht abgeholfen werden kann.

Die Arbeitsverhältnisse in der Bürsten- und Pinselindustrie. Nach statistischen Erhebungen im November 1912, herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin 1913, Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H., Preis 1 Mark.

Heiteres.

Boshaftes Vergnügen. „Bei diesem Regenwetter wollt ihr eure Freundin besuchen?" — „Ja; dann ärgert sie sich recht, wenn wir mit nassen Kleidern und Schirmen ankommen!"

Vergleich. „Also die Behandlung in dem Sanatorium hat dir geholfen; kannst jetzt wieder gut laufen?" — „O, ich kann jetzt wieder herumrennen wie ein Bauunternehmer, wenn er Geld braucht!"

Der Kolportageromantiker. „So ein Roman reibt auf! Ich habe da sechs Ehebrüche, drei Kindesunterschiebungen und sieben Selbstmorde in dreihundertachtzig Fortsetzungen bearbeitet — das will seelisch erlebt sein, mein Lieber!"

Bilanz. „Also, meine Herren, i kann nur sagen, i hab' an diese Kriegsspannung die angenehmsten Erinnerungen! Wie i den nahen Heldentod ausg'spielt hab', da sind mir vor lauter Abschiedsschmerz drei Weiber zug'flog'n, die i sonst meiner Lebtag net kriegt hätt'!"

(Aus „Simplizissimus".)

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.

Bureau: Johannisstr. 48, pt.

Geöffnet: Wochentags abends von 7½—9 Uhr.

Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.